LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 17.Sitzung.
4. Sitzungsperiode 1933.

Stenographischer Bericht

über die am Donnerstag,den 23.November 1933 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung (10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Kiefer (DF)-Saarbrücken; Dr.Dr. Röchling (DF)-Völklingen; Brück (DF)-Saarbrücken; Blügel (DF)-Neunkirchen.

-

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Strafverfolgung von Übertretungen der Forstgesetze;
2) Veranstaltungen zu Wohlfahrtszwecken;
3) Das öffentliche Flaggen;
4) Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vom 19.April 1908;
5) Die Neutralitätspflicht der Beamten des Saargebietes;
6) Ergänzung und Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes;
7) Abänderung und Ergänzung der Verordnung vom 20.Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit

Die

A4

232

Die Tagesordnung hat eine Ergänzung erfahren durch die Vorlage betreffend Strafverfolgung von Übertretungen der Forstgesetze. Der Ältestenrat war sich darüber einig, daß diese Vorlage ohne Kommissionsberatung verabschiedet werden kann, er war sich weiter darüber einig, daß die Redezeit auf eine Stunde und 15 Minuten je Fraktion festgesetzt wird und daß diese Zeit ausreicht, sämtliche Vorlagen zu verabschieden.

Ich stelle fest, daß zu sämtlichen Vorlagen die Berichte schriftlich vorliegen und sich weitere Ausführungen dazu erübrigen.

Wir kommen dann zu der Abgabe der Gutachten zu den einzelnen Vorlagen.

Ich erteile dem Abgeordneten Martin das Wort!

. Martin (DF): Deutsche Volksgenossen !

Die zur Begutachtung vorgelegten Verordnungen der Regierung sind so ungeheuerlich, weil sie das Eigenleben eines jeden Einzelnen von uns bedrohen, daß eine Ablehnung in Bausch und Bogen ohne weitere Begründung am Platze wäre.

Wenn wir von einer solchen Behandlung der Vorlagen absehen und auf die Entwürfe näher eingehen, so tun wir das nur deshalb, um auch dem Letzten des Volkes die Überspitzungen der Regierungsverordnungen vor Augen zu führen und um der Welt zu beweisen, daß wir nicht Widerstand um jeden Preis treiben, sondern unsere Stellungnahme begründen wollen.

Wir sind uns bewußt, daß diese Verordnungen einen Regen von Geld-und Gefängnisstrafen im Gefolge haben werden. Eine Kirchhofsruhe werden sie dennoch nicht erzeugen. So sicher wie das besetzte Rheinland sich trotz Militärdiktatur, Pressezensur und heimlicher Unterstützung der Besatzung der Separatisten erwehrte, so sicher wird auch der gesunde deutsche Sinn der Saarbevölkerung über die angeblichen Freiheitsträger an der Saar triumphieren.

Die Art aber, wie diese Verordnungen erzwungen wurden, und die Aufnahme, die sie bei unseren westlichen Nachbarn gefunden haben, veranlassen uns, bevor ich zu einzelnen Verordnungsentwürfen Stellung nehme, im Nahmen der Deutschen Front folgende

E r k l ä r u n g

über die Vorlagen im gesamten

abzugeben:

" Mit eiserner Entschlossenheit und unbeirrt von allen Ereignissen verlangt das Volk an der Saar seine Rückkehr zum Vaterland.

Keine Macht der Welt kann uns zwingen, dieses natürliche Gefühl zurückzudrängen.

Unser Verlangen ist an keine Bedingung geknüpft. Weder Personen noch Regierungsformen im Reich werden für uns jemals ein Grund sein, unsere Gesinnung zu wechseln oder auch nur schwankend zu werden. Wir stehen heute noch auf demselben Standpunkt wie unsere Vorfahren, die zur Landtagswahl in Ottweiler versammelten Wahlmänner, die vor 70 Jahren folgendes erklärten:

".....Wir sind durch und durch Deutsche. Wir halten fest an unserer Eigenart in Sprache und Sitte, in Gefühls- und Anschauungsweise im öffentlichen und Familienleben. Wir

hängen

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

hängen mit ganzem Herzen an unserm deutschen Vaterland in seinen Leiden der Gegenwart, in seinen Hoffnungen auf die Zukunft, und unter den schweren Sorgen des Augenblicks ist unsere schwerste Sorge die, von unserm Vaterlande losgerissen zu werden. Noch lebt in uns in ungeschwächter Kraft dasselbe Gefühl, welches bereits vor 50 Jahren die Bürger von St.Johann und Saarbrücken nicht ruhen ließ bis sie alle Schwierigkeiten besiegt und die Wiedervereinigung mit Deutschland durchgesetzt hatten ..... Franzosen! Wir wollen Deutsche bleiben. Zieht einer scheinbaren Machtbereicherung das wirkliche Glück vor: mit Euren Nachbarn in gutem Einverständnis zu leben, indem Ihr deren Unabhängigkeit und Nationalität achtet". Wir unterschreiben auch heute noch Wort für Wort dieser Erklärung.

Wir verurteilen deshalb heute aufs schärfste das Gebaren einiger volksfremder Leute, die weder aus dem Saargebiet stammen, noch sich durch einen langjährigen Aufenthalt das Recht an der Abstimmung erworben haben,

(Zuruf des Abg. Levacher (DF): Sehr gut !)

die darum keinen Sinn für Treue und Überlieferung haben und durch ständige Klagen und Denunziationen die Regierung nervös machen, den Völkerbund einseitig unterrichten und im Ausland Verwirrung stiften. Als ob auch nur ein nennenswerter Teil der Bevölkerung an der Saar für ihren Separatismus irgendwelches Verständnis hätte. Auf Veranlassung dieser nicht einmal abstimmungsberechtigten Kreise werden uns von der Regierung Gesetzentwürfe vorgelegt und aufoktroyiert, die aus Deutschen "Neutrale" und aus freien Menschen Knechte machen sollen.

(Zuruf des Abg. Detjen(KP): Im Konzentrationslager!)

Im Bewußtsein unseres Rechts und unserer friedfertigen Gesinnung weisen wir die Knebelungs-und Zuchthausvorlagen als überflüssig, unwürdig und kleinlich zurück.

Sie werden das eine Gute zur Folge haben, daß unsere deutsche Bevölkerung noch mehr zusammengeschweißt wird, um dem wundervollen Plan des elsässischen Deputé Oberkirch, aus dem Saargebiet ein Eldorado für Separatisten und Flüchtlinge zu machen, wirksam zu begegnen.

Und nun zu den einzelnen Vorlagen!

Zur Begründung ihrer Wohlfahrts-Vorlage gibt die Regierung an, in der letzten Zeit habe die Anwendung der Bekanntmachung des Bundesrates vom 15.2.1917 zu Schwierigkeiten geführt. Es ist kein Wunder, daß die Anwendung der mitten im Weltkriege erlassenen Bekanntmachung des Bundesrates zu Schwierigkeiten geführt hat, bestreiten doch namhafte Juristen die Gültigkeit dieses Gesetzes für die Zeit nach dem Krieg überhaupt.

Allerdings bestimmt nach § 11 der Bundesratsverordnung den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung der Reichskanzler, und es ist eine Außerkraftsetzung der Verordnung durch die Regierungskommission nicht verfügt worden. Das war jedoch nicht erforderlich, da der § 23 des Kapitels 2 der Anlage zum Saarstatut bestimmt, daß nur die normalen Gesetze und Verordnungen, die im Saargebiet am 11.11.1918 in Kraft waren, in Kraft bleiben, daß aber die mit Rücksicht auf den Kriegszustand getroffenen gesetzlichen Bestimmungen keine Rechtsgültigkeit mehr besitzen.
Der Friedensvertrag gibt also ohne weiteres die für den Krieg erlassene Verordnung auf und setzt damit auch ausdrücklich die Verordnung vom 15.12.1917 außer Kraft.

Nachdem

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Nachdem nun einmal die Regierung auf Grund dieser Bekanntmachung des Bundesrates gegen den Notring der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei vorgegangen ist, scheint sie ihr Vorgehen nachträglich legalisieren lassen zu wollen. Zugleich ist sie der Meinung, daß die alte Bekanntmachung des Bundesrates nicht mehr ausreiche, für die von ihr beabsichtigte Überwachung der freien Liebestätigkeit.

(Zuruf des Abg. Detjen(KP): Nothilfschwindel!)

Die Regierungskommission hat bei Herrn Braun nicht nachgesehen, wo er sein Auto her hat.

Die Verordnung wollen wir näher beleuchten. Sie war erlassen worden als Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege <u>während des Krieges.</u> Die Verordnung ist ihrem ganzen Charakter nach eine reine Kriegsverordnung. Sie sollte lediglich und ausdrücklich die Wohlfahrtspflege während des Kriegszustandes regeln. Sie ist erlassen in der Zeit der höchsten Kriegs-und Hungersnot Deutschlands, mit dem in solcher Zeit wohl zu verstehenden Zweck, einen Mißbrauch der Opferwilligkeit von Volksgenossen durch wilde Sammler zu verhüten.

Wir sind nun der Ansicht, daß die <u>Verhältnisse im Saargebiet keine Veranlassung</u> geben, die neue Verordnung betreffend Veranstaltung von Wohlfahrtszwecken herauszugeben. Unserer Meinung nach sind die bisher <u>bestehenden politischen und gesetzlichen Bestimmungen völlig ausreichend</u>, um den Zweck der Regierungskommission zu erreichen, ein wildes Sammeln zu unterbinden. Oder befindet sich etwa nach Ansicht der Regierungskommission das Saargebiet in einem erhöhten Kriegszustand, der das Wiederaufleben einer Kriegsverordnung mit verschärften Bestimmungen notwendig macht ?

Die alte Kriegsverordnung vom 15.II.1917 hat durch den § 10 alle Wohlfahrtseinrichtungen, die schon vor dem 1.August 1914 bestanden, von einer besonderen Überwachung ausgenommen. Diese Ausnahmestellung war nur dadurch gerechtfertigt, daß diese alten Verbände, seien sie kirchlicher oder anderer Art, ihrem Wesen nach die Gewähr für eine sichere wohlfahrtspflegerische Arbeit boten, unbeschadet jeder konfessionellen und weltanschaulichen Einstellung auch in höchster Kriegsnot. Die Saarregierung aber hat diesen § 10, der die lange bestehenden und bewährten Wohlfahrtseinrichtungen ohne besondere Aufsicht läßt, einfach gestrichen.

Künftig gibt es also keine Wohlfahrtseinrichtung mehr, die ohne Überwachung der Regierung vor sich geht. Sogar die von altersher bestehenden Sammlungen etwa eines Elisabethenvereins in der Pfarrei oder des Roten Kreuzes in der Gemeinde sind genehmigungspflichtig.

Damit jeder Zweifel beseitigt werde, habe ich in der Kommission die Frage gestellt, ob unter dem Begriff "öffentliche Sammlung durch Haus-bezw. Straßenkollekte" auch die Sammlungen innerhalb einer Pfarrei oder eines religiösen Vereins fallen. Der Regierungsvertreter hat diese Frage bejaht,wenn die Sammlungen im Haus oder auf der Straße erfolgen. <u>Will die Regierungskommission die freie Liebestätigkeit von Christenmenschen im Saargebiet von obrigkeitlicher Genehmigung abhängig machen, dann müßte ein hl.Franziskus oder ein Vater Bodelschwing im Saargebiet zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt werden.</u>

Es ist uns aufgefallen, daß alle Genehmigungen über Wohlfahrtsveranstaltungen von der Abteilung des Innern erteilt werden müssen und nicht von der Abteilung Volkswohlfahrt.

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

Volkswohlfahrt. Man sieht offenbar die ganze Angelegenheit als eine politische an. Daraus erklären sich auch die vielen einschneidenden Bestimmungen. Ist es nicht ein direktes Unterbinden der freien Liebestätigkeit, wenn aus leeren Kassen vor Veranstaltung einer Sammlung für diese eine Sicherheit geleistet werden soll? Soll es deutschen Volksgenossen verboten sein, für die Not ihrer Brüder im Saargebiet im deutschen Reich Mittel zu sammeln, um ein Elend zu beheben, das die Regierungskommission nicht zu sehen scheint ? Ein Beweis dafür, welch geringes Verständnis die Regierungskommission der Not im Saargebiet entgegenbringt, dürfte darin liegen, daß es ihr bisher trotz ihrer guten Beziehungen in Paris nicht - wie in früheren Jahren - gelungen ist, die Einfuhr einer namhaften Zahl von Eisenbahnwagen geschenkter Kartoffeln aus dem Reich zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Levacher (DF): 120 000 Zentner !)

Bestimmt sind diese Kartoffeln für kleine Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und kinderreiche Familien.
Ist es tragbar, daß immer eine besondere Erlaubnis eingeholt werden muß, um Mittel aus dem Reich zu bekommen, mit denen besondere Notstände im Saargebiet behoben werden sollen ? Hat die Regierungskommission bei den Spenden aus dem Reich für die Opfer der Unglücksfälle in Maybach und Neunkirchen auch an die Bundesratsverordnung von 1917 gedacht, die sie uns heute im neugeflickten Gewande vorsetzen will?
Die Einsetzung eines Verwalters in die Geschäftsstelle der Verbände der freien Liebestätigkeit würde für diese bedeuten, daß sie ihre Tätigkeit einstellen müßten, weil sie dann nach Gesichtspunkten verwaltet werden, die in einem entschiedenen Gegensatz stehen zum Wesen aller freien Liebestätigkeit.
Was eine solche Maßnahme für den Spendewillen der Bevölkerung bedeuten würde, brauchen wir nicht zu betonen. Ein eigenes Erzeugnis der Saarregierung ist auch der neue Artikel 10, nach dem sogar jede Bild-oder Schriftreklame für Wohlfahrtsveranstaltungen außerhalb des Saargebietes nur mit behördlicher Genehmigung zulässig ist.
Was mag die Regierungskommission veranlaßt haben, zu Beginn eines Notwinters im Saargebiet eine solche Verordnung herauszubringen, die in ihren Maßnahmen und in den angedrohten Strafbestimmungen weit über die oben genannte Kriegsverordnung hinausgeht ? Hält sich die Regierungskommission überhaupt für sachverständig genug, eine Verordnung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege zu erlassen,ohne,wie es bisher üblich war, die über langjährige Erfahrungen verfügenden Verbände der freien Liebestätigkeit zu Rate zu ziehen ? Ein anonymer Ausschuß leitender Regierungsbeamten, der nicht einmal vor der zuständigen Kommission des Landesrates den Entwurf zu vertreten wagt oder gewillt ist, kann eine solche Vorlage nicht ausarbeiten.
Wir erwarten von der Regierungskommission die Einsicht, daß sie den vorliegenden Gesetzentwurf zurückzieht und mit den einheimischen Vertretern der bestehenden Organisationen durch die Abteilung Volkswohlfahrt eine Verordnung berät, die den heutigen Zuständen und der vorliegenden Not Rechnung trägt.

(Zuruf des Abg. Detjen(KP): Greifen Sie doch Ihren Wohlfahrtsminister an!)

Der ist ausgeschaltet.

(Bravo-Rufe der Deutschen Front !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Seite 229 fällt aus !

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DF): Meine Dame und meine Herren! Die uns zugegangenen Vorlagen sind uns formell von der Regierungskommission vorgelegt worden. Sie fallen aber samt und sonders in den Machtbereich des Mitgliedes der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern, also des Herrn Präsidenten der Regierungskommission, der sich ja auch alle Ausführungsbestimmungen vorbehalten hat. Ich wende mich deshalb bei der Begutachtung der Vorlagen nicht an die gesamte Regierung, sondern an den Herrn Präsidenten, auch aus Gründen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. Der Herr Präsident kennt offenbar die Geschichte des Saargebietes unter der Fremdherrschaft nicht genau, sonst hätte es ihm auffallen müssen, daß er sich jetzt in Bahnen bewegt, die schon einmal sein Vorgänger Rault eingeschlagen hat und die diesen zu einem vollständigen Fiasko geführt haben. Als der frühere saarländische Vertreter in der Regierungskommission Hector unter den blamabelsten Umständen ausscheiden mußte, da erließ der damalige Präsident eine Notverordnung, die eine Kritik der Regierungskommission und ihrer Beamten und ähnliche Vergehen mit Gefängnisstrafe, Verbannung usw, bedrohte. Diese Notverordnung hat damals in aller Welt eine so vernichtende Kritik erfahren, besonders auch im englischen Unterhaus,daß sie der Präsident zum größten Teil stillschweigend wieder zurückziehen mußte. Der heutige Präsident ist vor einiger Zeit mit der Handelskammer und ihrem Präsidenten in eine Kontroverse geraten bei der er eben nicht günstig abgeschnitten hat. Die Konsequenz, die er daraus zog, war ein Gesetz gegen die Handelskammer, das, wenn es demnächst mit den Begleitumständen in Genf und sonstwo diskutiert wird, ihm keine Lorbeeren eintragen wird, am wenigsten bei der Presse seines Heimatlandes.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Ursache des heutigen Verordnungsentwurfes betr.

<u>das öffentliche Flaggen</u>

sucht in der Flaggenangelegenheit des Bürgermeisters Ruppersberg aus Homburg. Nachdem man das schwere Geschütz eines Disziplinarverfahrens aufgefahren und den Bürgermeister monatelang an der Ausübung seines Amtes gehindert hatte, was sicher nicht zum Vorteil der Gemeinde war, mußte man zum Schluß klein beigeben, da sich für das Verfahren gar keine gesetzliche Handhabe bot. Statt, daß der Herr Präsident nun die einzige richtige Konsequenz gezogen hätte, seine Beamten anzuweisen, ihn mit derartigen Lappalien zu verschonen, legt er uns eine Flaggenverordnung vor, die allerdings in dem Gesetzes Bukett,das er uns bietet, die harmloseste Blüte ist. Ich kann sie deshalb auch mit einigen Worten abtun. Im Hause des Gehängten soll man nicht vom Strick sprechen

(Zurufe aus der Deutschen Front: Sehr gut!)

und die Regierungskommission würde gut tun, über Flaggen im Saargebiet überhaupt nicht zu reden. Der erste Präsident der Regierungskommission hat ja wohl eine saarländische Flagge geschaffen, die aber außer an den Regierungsgebäuden meines Wissens nur einmal von einem spekulativen Gastwirt gehißt wurde, der sie aber nach einer Stunde unter Hohn und Spott der Passanten wieder einziehen mußte. Nebenbei bemerkt, das Saargebiet gehört nach dem Saarstatut immer noch zum deutschen Reich. Seine Hoheitszeichen wären demnach sinngemäß auch die

<u>des</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

des Reiches. Ist die Führung einer eigenen Flagge und eines eigenen Wappens des Saargebietes nicht eine Verletzung des Saarstatuts ? Ich unterbreite diese Anfragen ergebenst der Regierungskommission, vielleicht klärt sie uns darüber durch eine Auflage-Nachricht an die Zeitungen auf, wenn nicht: besonderen Wert legen wir nicht darauf, wie und wann sie ihre Amtsgebäude dekoriert. Der Verordnungsentwurf ist übrigens sehr ungenau, man kann fast sagen, schluderisch aufgestellt. Was heißt z.B. " das Beflaggen der öffentlichen Straßen und Plätze? Was soll es heißen, daß die Beflaggung auch von einer Anordnung des Präsidenten der Regierungskommission abhängig gemacht werden könnte ? Ich will zu Gunsten des Herrn Präsidenten annehmen, daß er nicht daran denkt, etwas bei einem ihm wichtig erscheinenden Anlaß "anzuordnen", daß die Bevölkerung ihre Häuser beflaggen soll. Er würde ein blaues Wunder erleben.

Wie wenig wichtig uns sonst die Vorlage erscheint, möchte ich noch dadurch bekunden, daß ich den Herrn Präsidenten der Regierungskommission darauf aufmerksam mache, daß am Schluß des Entwurfes die Strafbestimmung fehlt, die ja bestimmt nicht in die Ausführungsbestimmungen gehört und bei der Handhabung des zu erwartenden Gesetzes: Wenn bei einem Anlaß,der uns wichtig erscheint, das Saargebiet in einem Fahnenmeer schwimmt und die zu öffentlichem Gebrauch bestimmten Gebäuden, die von unserem Gelde bezahlt sind, stehen ungeschmückt da, dann ist das für das Saargebiet ein unbezahlbarer Hinweis darauf, daß eine landfremde Völkerbunds-Regierung in nahezu eineinhalb Jahrzehnten mit der Bevölkerung nicht einmal zu normal korrekten Beziehungen kommen konnte. Wenn aber der Herr Präsident der Regierungskommission seinen Verordnungs-Entwurf mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit in Zusammenhang bringen will und befürchtet das Beflaggen öffentlicher Gebäude mit unseren deutschen Farben könne aufreizend wirken, so möge ihm gesagt sein, daß im Saargebiet nichts aufreizender wirkt als das Heraushängen der französischen Trikolore an Gebäuden, die einmal unser Eigentum waren, die man uns unter dem Vorwand der Wiedergutmachung von Kriegsschäden genommen hat und mit der betrügerischen Begründung vor der Weltöffentlichkeit, daß im Saargebiet eine starke Minderheit vorhanden sei, die der Geburt und Gesinnung nach französisch sei. So wenig der Herr Präsident vom Saargebiet wissen mag- das weiß er ganz genau - daß diese Behauptung Betrug war und ist und wenn er etwas tun will, dann möge er dafür sorgen, daß diese tägliche Erinnerung an Betrug und Raub die französische Trikolore im Saargebiet eingezogen wird.

Wir lehnen die Vorlage ab !

(Bravo-Rufe der Deutschen Front !)

Wenn der Verordnungs-Entwurf betr. Flaggen eine gewisse erheiternde Note nicht entbehrt, so ist die Vorlage betr.

Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes

ernster zu beurteilen. Sie ist ein Glied in der Kette, die der Saargebietsbevölkerung angelegt werden soll zu Gunsten französischer Ambitionen für die Abstimmungszeit, in die wir ja bereits eingetreten sind. Die Vorlage dieses Entwurfes muß dem Präsidenten der Regierungskommission selbst

nicht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

nicht recht geheuer vorgekommen sein, denn die Denkschrift, die ihr beigegeben ist, enthält einleitend die, gewissermaßen entschuldigende Bemerkung, die Regierung sähe sich "zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit veranlaßt, an dem bestehenden Vereinsrecht Änderungen, die einen besonderen Charakter tragen in Aussicht zu nehmen und sie beteuert, daß ihr nichts ferner läge als für eine engherzige und schikanöse Ausnutzung des Vereinsrechts eine Handhabe zu schaffen". Offenbar hatte der Verfasser selbst das Gefühl, daß von jedem Unbefangenen tatsächlich das Gesetz so aufgefaßt würde, insbesondere der Artikel 1, in dem gesagt wird, daß "Personen, welche Mitglied eines nicht saarländischen Staatsorgans oder einer nicht saarländischen Vertretung sind, oder ein öffentliches Amt außerhalb des Saargebietes bekleiden weder Vorstand, noch Vorstandsmitglied noch Leiter von politischen Vereinen sein dürfen". Man muß diesen Artikel 1 mit dem bereits erlassenen Vereinsgesetz in Zusammenhang bringen, nach dem eigentlich jeder Verein, in dem unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage und unsere Zukunft auch nur gestreift wird, zu einem politischen Verein erklärt werden kann, um zu ermessen, welche Knebelung unseres Rechtes der Abstimmung darin beschlossen ist.

Daß im Saargebiet jede Frage zu einer politischen geworden ist, ist nicht unsere Schuld, sondern die derjenigen, die uns das widernatürliche Saarstatut und die Abtrennung von unserem Vaterland aufgenötigt haben. Weshalb jemand, der Mitglied eines nichtsaarländischen Staatsorganes oder einer nicht saarländischen Vertretung ist, einen politischen Verein nicht korrekt leiten kann, ist uns unerfindlich. Im übrigen ist der Herr Präsident der Regierungskommission doch wohl mit uns der Meinung, daß in einem Abstimmungsgebiet noch wichtiger als die korrekte Leitung eines politischen Vereins die korrekte Leitung der Regierungsgeschäfte selbst ist.

(Zuruf aus der Deutschen Front: Sehr gut !)

Wenn also aus den vorhin angegebenen Gründen jemand ungeeignet ist, einen politischen Verein zu leiten, dann ist er es ganz bestimmt als Beamter der Völkerbundsregierung oder als Mitglied der Regierung selbst. Der erste Präsident der Saarregierung war französischer Staatsrat und hat dieses Amt auch während seiner hiesigen Amtszeit ausgeübt. Wer von den fremden Beamten oder den Mitgliedern der Regierungskommission in seiner Heimat ein öffentliches Amt ausübt, kann der Herr Präsident sehr leicht feststellen. Wir nehmen an, daß sie ihn dann sehr schnell von seiner derzeitigen Stelle befreit.

Ich habe in der Kommission bereits die Frage aufgeworfen, was unter einer nichtsaarländischen Vertretung zu verstehen sei. In ein Gesetz mit derartig hohen Strafen dürfen Bestimmungen von so kautschukartiger Auslegung nicht enthalten sein. Mein Freund Röchling ist z.B. Mitglied des Senats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Ist das eine nichtsaarländische Vertretung ? Sind die zweite und dritte Internationale nichtsaarländische Vertretungen ? Sind die Vereinigungen der Handels-und Handwerkskammern in Deutschland und in Frankreich außersaarländische Vertretungen ? Bekleiden diejenigen, die in ihnen ein Amt haben ein öffentliches Amt oder nicht ? Ich bin der Meinung, daß das alles, wie

ich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

ich auch in der Kommission schon verlangt habe, präzisiert werden muß. In Artikel 2 ist es den politischen Vereinen verboten, mit Vereinen außerhalb des Saargebietes in bestimmter Weise in Verbindung zu treten und in dem Absatz 2 wird dann ausgeführt, das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern ist ermächtigt, Ausnahmen von diesem Verbot zu bewilligen. Das wird zur blanken Willkür führen. Wenn schon derartig scharfe Gesetze erlassen werden, dann müssen sie für alle gelten und auch der Herr Präsident der Regierungskommission darf dann keine Ausnahmen treffen, wenn er sich nicht von allen gerechtdenkenden den Vorwurf der Willkürherrschaft zuziehen will. Wie verworren und unklar das Gesetz ist, darf hier nur noch das eine Beispiel aus dem Artikel 3 beweisen, wo es am Schluß heißt:" daß derjenige bestraft wird, der sich eine Autorität anmaßt oder sich anzumaßen den Anschein erweckt." Vielleicht ist der Herr Staatskommissar in der Lage, uns den letzten Satz in verständliches Deutsch zu übersetzen und uns zu sagen, was eigentlich damit gemeint ist.

Ich will darauf verzichten, die Vorlage noch weiter zu zerpflücken, Fragen zu stellen, auf die uns doch entweder gar keine Antworten oder nichtssagende gegeben werden, bloß einiges noch erwähnen, was mir festzustellen wichtig erscheint. Ich habe früher einmal angefragt, ob es der Presse gestattet sei, ohne Nachteile die Tatsachen-Berichte des Landesrates zu bringen. Eine richtige Antwort darauf hat die Regierungskommission bis heute nicht gegeben. Wenn sie es nicht gestatten will, so ist das eine Behinderung in der Ausübung unseres Rechtes der Begutachtung der Gesetze und Verordnungen. Die Regierungskommission hat uns auf Anfragen durch den Staatskommissar mitteilen lassen, daß die Mitglieder des Landesrates ohne Einschränkung den jetzt schwebenden Gesetzen unterworfen sein würden auch der etwaigen Zeugnispflicht gegen Beamte, die das Amtsgeheimnis nicht gewahrt hätten. Wir stellen fest, daß die Mitglieder des Landesrates dadurch in der Ausübung ihrer Mandate behindert sind und machen Völkerbundsrat und Völkerbundssekretariat auf diese Tatsache aufmerksam. Zur gewissenhaften Begutachtung, zu der der Abgeordnete des Landesrates verpflichtet ist, muß er sich Informationen einholen, die in sehr vielen Fällen nur von Beamten gegeben werden können. Er muß in der Lage sein, sich ohne Behinderung zu unterrichten und sich auszusprechen. Wenn die Regierungskommission jetzt einen anderen Standpunkt einnimmt, so muß dies nach meiner Auffassung dem Völkerbundsrat unter Berufung auf das Saarstatut beschwerdeführend vorgetragen werden. Der Herr Präsident der Regierungskommission glaubt in den letzten Wochen und Monaten mit verstärkter Energie auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit im Saargebiet hinweisen zu müssen und auch die allseitige Neutralität, die in einem Abstimmungsland beobchten werden muß.

Was das erstere anlangt, so möchte ich ihn verweisen auf das unparteiische Urteil des früheren Präsidenten Stephens, das er vor dem Völkerbundsrat abgegeben hat:

(Zuruf des Abg. Levacher (DF): Sehr gut !)

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Warum der Terror gegen andere.)

Die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

"Die Bevölkerung des Saargebietes seien friedliche, fleißige und arbeitsame Menschen, denen nur das höchste Lob wegen ihrer guten Eigenschaften gezollt werden könne." Ich wüßte nicht, was sich seit dieser Zeit hier im Wesen der Bevölkerung geändert hätte. Was die Neutralität anlangt, so möchte ich den Herrn Regierungspräsidenten auf einen Vorfall hinweisen und ihn seiner Beurteilung anheimstellen : In Frankreich und auch in gewissen Kreisen im Saargebiet hat man sich seinerzeit sehr stark bemüht, die Kundgebung der Saardeutschen am Niederwald zu bagatellisieren, eine Angelegenheit, der gegenüber sich die Regierungskommission hätte vollständig neutral verhalten müssen. Am 14. November stützt der Präsident der Regierungskommission die Behauptungen über die zahlenmäßige Übertreibung der Kundgebung durch eine amtliche Bekanntmachung betr. Bestellung von Sonderzügen, noch zu dem mit Zahlenangaben, die von den Veranstaltern bestritten werden. Jeder Unbefangene muß zugeben, daß es neutraler gewesen wäre, wenn die Eisenbahndirektion künftighin jedem Besteller von Sonderzügen bei der Bestellung diese Angaben gemacht hätte. Einer Auflage Bekanntmachung an die Zeitungen bedurfte es nicht. Ganz sonderbar mutet es aber an, daß bereits am 8. November der Inhalt der Auflagenachricht in der französischen Zeitung "Revue de Paris" zu lesen war.

(Zuruf des Abg. Becker (DF): Amtsgeheimnis!)

Im übrigen weiß die Regierungskommission und der Herr Präsident, daß die Bevölkerung eindeutig deutsch ist und daß die Möglichkeit einer anderen Abstimmung als für Deutschland nur theoretisch ist. Er wird sich aber vielleicht darauf berufen, daß da und dort in Reden und auch in der Presse die eine oder die andere Möglichkeit als auch mit praktischen Folgerungen dargestellt wird. Wenn er sich diese Anschauungen zu eigen macht, will ich ihm doch einmal von hier aus frank und frei sagen, in welcher Gesellschaft er sich dabei befindet. Das sind zunächst die Leute, die das Saargebiet gar nichts angeht und über die sich der Herr Reichskanzler in seiner Rede vom 10. November, die ich 100 %ig unterschreibe, so ausgesprochen hat:

> "Und heute erleben wir, daß auch der Völkerbundsstreit untereinander gepflegt wird von ganz bestimmten Interessenten. Es ist eine wurzellose internationale Clique, die die Völker gegeneinander aufhetzt. Es sind das die Menschen, die überall und nirgendwo zu Hause sind und nirgends einen Boden haben auf dem sie aufgewachsen sind, sondern die heute in Berlin leben, morgen in Brüssel sein können, übermorgen in Paris und dann wieder in Prag oder in Wien oder in London und die sich überall zu Hause fühlen."

Das sind die Herren Breitscheid, Georg Bernhard, Merten, Förster und viele viele andere.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Gehört Ihr jüdischer Tochtermann auch dazu ?

Ich habe keinen jüdischen Tochtermann!

Wir haben diese internationale Clique in Genf und in anderen

(Zuruf des Abg. L'hoste(KP): Da hat eine Clique die andere besucht!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

anderen internationalen Orten in ihrer Tätigkeit beobachten können, insbesondere auch den Herrn Salomon Grumbach, der sich vor einigen Tagen in einer sozialdemokratischen Versammlung in die Angelegenheiten des Saargebietes eingemischt hat. Der Mann war zu der Zeit, als es nahrhaft war, Mitglied des Deutschen Reichstags durch die Gunst und die Dummheit der deutschen Sozialdemokratie. Er ist, als es auf der anderen Seite nahrhaft war, durch die Gunst und durch die Dummheit der französischen Sozialdemokratie Mitglied der französischen Kammer geworden und er ist jetzt, wie die "Volksstimme" schreibt, "ancien deputé". Das klingt nicht so hart wie ehemaliger Abgeordneter d.h. von seinen früheren Wählern Hinausgeworfener. Den Begriff "Vaterland" kennt ein solcher Mensch überhaupt nicht, er hat nie eins gehabt, er fühlt sich aber berufen, saarländischen Menschen Ratschläge für ihr künftiges politisches Dasein zu erteilen. Und zu der Clique zähle ich auch seinen hiesigen Freund und Kompagnon, den derzeitigen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes.

(Bravorufe und Händeklatschen der Deutschen Front!)

Er ist ja wohl derjenige, der der Regierungskommission das Material geliefert hat für die Zuchthausgesetze gegen die Saarbevölkerung und da kann es dem Herrn Präsidenten der Regierungskommission, wenn er gerecht denkt nur angenehm sein, etwas Näheres über ihn zu erfahren. Er fühlt sich zwar auch berufen, die Abstimmung an der Saar zu lenken und zu leiten, obwohl er gar nicht abstimmungsberechtigt ist. Er ist im Jahre 1925 hier zugewandert als Redakteur der Volksstimme und hat entweder schon vorher oder gleich bei seinem Auftreten richtig erkannt, daß unter den damaligen Verhältnissen im Reich die Saar eine Konjunkturangelegenheit ersten Ranges für einen Sozialdemokraten sei, falls er sich hier die Führung eroberte und die hat er sich rücksichtslos gegen seine eigenen führenden Parteileute gegen eingesessene sozialdemokratische Führer erobert. Er hat sie alle beseitigt entweder durch offenen Kampf oder auch dadurch, daß er sie auf Bonzenposten kalt gestellt hat wie Schäfer, Hoffmann, Allenbach, Sender, Schwamm, Schneider und wie sie alle heißen. Übriggeblieben ist er und seine mehr oder minder bedeutungslosen Trabanten. Als dann das große Loch in seine Rechnung kam, nämlich der Umschwung in Deutschland, da hat er dann sachte anfangend von den beiden Eisen, die er immer im Feuer hatte, das Französische stärker und stärker bearbeitet, zwar immer noch mit halben oder dreiviertel Worten, mit Rücksicht auf die kommunistische Konkurrenz, bis ihm in der letzten Landesratssitzung der kommunistische Sprecher das Stichwort gab, daß die saarländischen Kommunisten "mit allen revolutionären Kampfmitteln zu verhindern suchen, daß das Saargebiet zu Hitler-Deutschland kommt". Von da ab hat er jede Hemmung fallen lassen und bereits in der Volksstimme vom 10.November triumphiert er in einem Artikel "Dummacherei der Saar-Nazi-Front."

> "Saarfröntchen, wie wird Dir ? Die französischen Soldaten, die am 28.Juli 1919 im Saargebiet garnisoniert waren, sind doch abstimmungsberechtigt! Nicht Deine und Deiner Gesinnungsgenossen gewollte Meinung ist dabei maßgebend, sondern die Auffassung des Völkerbundsrates in Genf und die ist knorke!"
>
> - Gelächter im ganzen Hause -

Man

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Man brauchte eigentlich diesem Jubelschrei über eine Mitwirkung der französischen Besatzungstruppen bei der Schicksalsgestaltung des Saargebietes nichtsmehr hinzuzufügen.

(Zurufe der Deutschen Front: Sehr richtig!)

Das ist eine so zynische Demaskierung eines sozialdemokratischen Führers an der Saar, daß sie auch den Dümmsten der Dummen die Augen öffnen muß.

(Zurufe der Deutschen Front: Sehr richtig!)

Warum ich diese Demaskierung, die ziemlich unbemerkt geblieben ist, hier vorbringe ? Einmal und wie gesagt, dem Herrn Präsidenten der Regierungskommission die Augen darüber zu öffnen wie diejenigen aussehen, die nach Neutralität und freie Abstimmung schreien, zum andern und stärkeren aber, um den sozialdemokratischen Mitläufern die Verneblung zu zeigen, die er in ihren Versammlungen und in seiner Presse mit so großem Eifer betreibt und um eine Antwort zu erhalten von seinen zwei Fraktionsgenossen, ob sie auch auf diesem Wege noch mit ihm Hand in Hand gehen wollen. Sind auch sie voll Jubel darüber, daß das französische Besatzungsmilitär, daß Marokkaner und Anamiten, weiße und farbige Franzosen mit darüber abstimmen sollen wie die Zukunft des Saargebietes beschaffen sein soll. Sie kommen an dieser Antwort nicht vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Petri(SP): Unsere Antwort kriegen Sie !)

Keine Antwort wird auch eine Antwort sein. Vielleicht sind Sie froh darüber, daß ich Ihnen (zu den Sozialdemokraten)den Absprung von dem unheilvollen Manne erleichtere, der sie sicher in's Verderben ziehen wird.

(Zuruf der Deutschen Front: Sehr richtig!)

Das Verderben wird Ihnen sicher sein, denn Sie sind bodenständig und können sich von der Heimat nicht loslösen. Ihn aber werden Sie dafür kennen, daß er im gegebenen Moment sich allem entziehen wird und sein aufwändiges Leben, das bestimmt nicht das eines Proletariers ist als den er sich gern ausgibt,irgendwo im Ausland fortsetzen wird. Er geht geschniegelt und gebügelt nach Parfüm duftend daher, der aber nicht einmal einem Arbeiter die Hand geben kann. Ich weiß, daß ich nach dieser Charakterisierung des sozialdemokratischen "Führers" eine Flut von Verunglimpfungen zu erwarten habe, das war früher schon so. Das hat mich früher nicht abgehalten und wird mich heute nicht abhalten, mich ihm entgegen zu stellen. Nicht aus Haß und Abneigung gegen den Mann - der ist mir völlig gleichgültig -,sondern um der Sache willen, der ich die besten Jahre meines Lebens geopfert habe: der Erhaltung unseres Volkstums an der Saar, dem Kampf gegen die Unterdrücker meiner und meiner Kinder Heimat !

(Bravo-Rufe der Deutschen Front!)

(Zuruf der Frau Abg. Herrmann(KP); der nicht verstanden wird!)

Ich will Ihnen mal etwas sagen, ich habe Sie bisher behandelt wie man eine anständige Frau behandelt. Richten Sie Ihr Benehmen so ein, daß man mit Ihnen anständig sprechen kann. Wir haben hier keine kommunistische Kaschemme.

Zuruf

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Das, was Sie sprechen, ist Kaschemmenton!)

(Zuruf der Frau Herrmann(KP): Der Clown da vorn!)

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Das zeigt so recht, welch Geistes Kind Sie sind!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Abg. Schmelzer(DF) fortfahrend: Und nun noch ein Wort an den Herrn Präsidenten der Regierungskommission: In spätestens einigen Monaten erreicht sein Tätigkeit hier ihr Ende. Er kann die kurze Zeit, die ihm noch bleibt, ausnützen zur Anbahnung einer Versöhnung zwischen uns und den Franzosen. Dann wird er gehen als ein angesehener Mann, der das Seinige für die Befriedigung Europas getan hat. Er kann auf dem bisher beschrittenen Wege weiter gehen, dann treibt er auch die Vergiftung und den Haß zwischen uns und Frankreich weiter und wie er dann beurteilt wird, auch in seinem Heimatland, das mag er sich aus vielen geschichtlichen Parallelfällen selbst beantworten. Er kann uns mit seiner Machtfülle noch drangsalieren, aber im wesentlichen tut er das, was er noch tun kann für oder gegen sich selbst. Wenn er aber glaubt, weitgehende Wirkungen bei uns noch erzielen zu können, die anderwärts als erwünscht angesehen werden, so möchte ich ihn auf ein japanisches Sprichwort verweisen, das ihm aus seiner Diplomatenlaufbahn sicher bekannt ist: Drei starke Männer können ein Pferd an den Fluß führen. Zehn starke Männer können das Pferd zwingen, den Kopf in's Wasser zu tauchen. Aber nicht hundert Männer und mehr können das Pferd zwingen, Wasser zu trinken, wenn es nicht will!
Er kann uns mit seiner Machtfülle vielleicht zwingen, den Kopf in's Wasser zu tauchen. Aber er und auch kein anderer wird es fertig bringen, daß wir das französische Wasser trinken werden, das uns etwa vorgesetzt wird. Weil wir nicht wollen!

Den Verordnungsentwurf der Regierungskommission lehnen wir ab.

(Bravo-Rufe der Deutschen Front!)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich habe den Anftrag erhalten, für den Fall, daß die Wirksamkeit der Verordnung Veranstaltungen über die Wohlfahrtspflege in der Sitzung angezweifelt werden sollte, darauf hinzuweisen, daß die Gültigkeit der Bestimmungen der Bundesratsbekanntmachungen von 1917 durch zwei Urteile anerkannt worden ist, und zwar, durch eines des Obersten Gerichtshofes vom 28. April 1932 und weiterhin durch ein Urteil des Reichsgerichtes vom 15.Oktober 1933.

Ich muß dann weiter ein Mißverständnis beseitigen, das bei einer Antwort, die ich erteilt habe, unterlaufen zu sein scheint.

Nach dem Protokoll der Kommissionssitzung vom 17.November ist an mich die Frage gerichtet worden, ob unter den Begriff einer öffentlichen Sammlung auch die Sammlungen eines Vereins oder einer religiösen Vereinigung fallen. Die Antwort bestätigt, daß Sammlungen eines Vereins oder einer religiösen Vereinigung dann unter den Begriff einer öffentlichen Sammlung fallen,wenn die Sammlung von Haus zu Haus oder auf der Straße erfolgt. Artikel 1 verbietet keineswegs derartige Sammlungen, sondern schreibt lediglich vor, daß sie der Erlaubnis bedürfen.

(Zuruf aus der deutschen Front: Das ist praktisch dasselbe!)

Öffentliche Sammlungen des Roten Kreuzes sind daher nicht verboten worden - wie behauptet wurde- sondern genehmigungspflichtig. Aus Mitteilungen der Tagespresse geht hervor, daß über den Begriff des Flaggens der öffentlichen Straßen und Plätze Unklarheiten bestehen. Auf die dieserhalb an mich gerichteten Anfragen gebe ich als Auffassung der Regierungskommission bekannt, daß darunter nur die Ausschmückung des Straßenkörpers selbst etwa durch Setzen von Masten mit Flaggen und dergleichen gemeint ist.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

Vorsitzender: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey(KP): Meine Dame und meine Herren! Ich stelle fest, daß nachdem der Abgeordnete Martin sich zum Wort gemeldet hat, wir als zweitstärkste Fraktion des Landesrates das Wort bekommen müssen, um zu den Vorlagen zu sprechen. Bis jetzt war es im Landesrat üblich, daß zuerst die Deutsche Front gesprochen hat, dann wir als zweitstärkste Fraktion und darauf die sozialdemokratische Fraktion.

Wir sehen in dieser Mißachtung der Geschäftsordnung durch Sie, Herr Vorsitzender, eine Maßnahme, die darauf hinausläuft, daß die deutsche Front hier ihre drei Referate hintereinander vom Stapel läßt, um nachher feige den Sitzungssaal zu verlassen.

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Herr Hey, ich entziehe Ihnen das Wort, und wenn Sie weitersprechen, rufe ich Sie zur Ordnung.

g. Hey(KP) weiterfahrend: Wir erheben schärfsten Protest gegen diese Mißachtung der Geschäftsordnung durch den Vorsitzenden.

rsitzender: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Geschäftsordnung, wie wir sie heute haben, auf einen Beschluß des Ältestenrats zurückzuführen ist. Ich kann nur bedauern, daß der Fraktionsvorsitzende der Kommunisten seine Mitglieder über das, was im Ältestenrat beschlossen wird, nicht informiert.

Wir sind im Ältestenrat darüber übereingekommen, daß jede Fraktion eine Stunde und 15 Minuten Redezeit hat, und daß es in das Belieben einer jeden Fraktion gestellt ist, wie sie diese eine Stunde und 15 Minuten an verschiedene Redner verteilt und welche einzelnen Vorlagen den einzelnen Rednern zugeteilt werden. Im Rahmen dieses Beschlusses kann ich, solange die Deutsche Front die ihr zugebilligte eine Stunde und 15 Minuten nicht ausgenutzt hat, nicht anders handeln, als ihr das Wort erteilen, bis ihre Zeit herum ist.

Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

aatskommissar Kuchenbecker: Der Herr Schmelzer hat die Frage aufgeworfen, wie das "Beflaggen öffentlicher Straßen und Plätze" aufzufassen wäre. Ich habe hierzu die Auskunft erhalten, daß unter Beflaggung öffentlicher Straßen und Plätze nur gemeint ist die Ausschmückung des Straßenkörpers durch Flaggen, Setzen von Masten und dergleichen.

rsitzender: Der Deutschen Front stehen nur noch zur Begutachtung der übrigen drei Vorlagen 20 Minuten Zeit zur Verfügung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Schinhofen!

g. Schinhofen(DF): Die Regierungskommission will nach dem uns vorliegenden Gesetzentwurf den Beamten des Saargebietes verbieten, in Ausübung ihres Amtes oder in Veranlassung der Ausübung ihres Amtes Stellung zu allen Fragen zu nehmen, die mit der Volksabstimmung zusammenhängen. Das kommende Gesetz verlangt dann zweitens, daß die Beamten sich jedem Einwohner gegenüber gleichmäßig verhalten. Es scheint uns zunächst, daß diese sehr allgemein und teilweise dunkel gehaltenen Formulierungen einen schlechten Boden für kommende Rechts-

auseinander

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

247

Rechtsauseinandersetzungen geben werden. Ich habe deshalb auch in der ersten Kommissionsberatung der Vorlagen gebeten, die Regierungskommission möchte diese grundlegenden Forderungen näher umreißen. Eine Antwort ist nicht erfolgt. Doch es wissen die Beamten und es weiß die ganze Bevölkerung auch ohne diese genauere Fixierung, daß keiner der uns vorgelegten Gesetzentwürfe dazu angetan ist, so oft und so folgenschwer in das Leben bestimmter Menschen einzugreifen, als der über die sogenannte Neutralitätspflicht der Beamten. Mit einem Schein von formalem Recht soll hier ein Teil der Bevölkerung eingeschüchtert und mit schweren Strafen bedroht werden. Menschen sollen zur Preisgabe, mindestens zur Außerachtlassung ihrer innersten Gesinnung gezwungen werden. Mit der Abschnürung des Saargebietes sind auch viele Tausende deutscher Beamten gegen ihren Willen von ihrer Heimatregierung getrennt und aus dem Zwange der Verhältnisse heraus von ihrer Regierung in den Dienst des Saargebietes beurlaubt worden. Ihnen haben sich tausende junger Beamten im Laufe der 14 Jahre zugesellt, die sich nicht minder als reichsdeutsche Beamte fühler und darnach handeln wollen. Alle diese Beamten sind in stärkster Treue mit ihrem Vaterlande verbunden, wünschen sehnlichst eine baldige Wiedervereinigung und werden aus innerstem Antriebe heraus sich an dem Endkampfe um die Abstimmung 1935 beteiligen, einem Kampfe übrigens, der in diesem Maße nicht notwendig wäre, wenn sich nicht eine kleine Gruppe aus Abneigung gegen das Werden des neuen deutschen Reiches fremdländischen Hetzern für eine Lostrennung unseres deutschen Bodens zur Verfügung stellte. An diesem Kampfe sollen sich nun die saarländischen Beamten nach dem Vorbilde der hohen Regierungskommissaren nicht beteiligen. Das Vorbild dieser höchsten Beamten, so sagt man, zeige ihnen eine strikte kalte Neutralität in allen Fragen, die hier jedes deutsche Herz bewegen.

Lassen wir es einmal dahingestellt sein, ob in Vergangenheit oder Gegenwart die Regierungskommissare in Rede und Handeln diese Neutralität gegenüber allen Strömungen und Gruppen immer eingehalten haben, so müssen wir doch zugeben, daß diese Männer schließlich eine solch kalte Neutralität beachten könnten. Wären sie freilich in ihrem eigenen Lande, so würden sie sich gegen die Zumutung einer solchen Neutralität auflehnen. Freilich die Herren werden antworten: Wir verbieten den Beamten keineswegs die Beteiligung am Abstimmungskampfe überhaupt, sie sollen nur während des Dienstes so tun, als ginge sie die ganze Geschichte nichts an. Die Regierungskommission glaubt also, die deutschen Beamten könnten ihre vaterländische Gesinnung in einen Rock verwandeln, den sie ausziehen, wenn ihr Dienst beginnt und den sie abends wieder hervorholen. Sie denkt also allen Ernstes daran, daß etwa ein Lehrer in den oberen Stufen der Volksschule oder in den höheren Schulen auf die klare und bestimmte Antworten heischenden Fragen der deutschen Jugend über Versailler Vertrag, Saarstatut, Volksabstimmung in schäbiger Weise ausweichen könne: "Darüber darf ich Euch nichts Genaues, dazu auch meine eigene Ansicht nicht sagen. Es ist mir das als saarländischen Beamten verboten".

Und in ähnliche Gewissenskonflikte wird das neue Gesetz auch andere Beamte in tausend Fällen bringen. Die übrige Bevölkerung kennt die harte Zwangslage, in die anständige Menschen durch solche Gesetze gebracht werden. Sie hat volles Verständnis für diese Lage. Die Beamten des Saargebietes aber kennen ihren Weg, den sie unbeirrt durch Drohungen und Strafen gehen wollen und werden.

Was die Bestimmung über die gleichmäßige Behandlung aller Einwohner durch Beamte angeht, so nimmt sich dieser Satz ja auf den ersten Blick sehr harmlos aus: es scheint hier eine Forderung erhoben zu sein, deren Erfüllung selbstverständlich ist.

<u>Selbstverständlich</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

248

Selbstverständlich ist es beispielsweise auch, daß ein Lehrer seine Kinder mit gleichem Interesse und gleicher Liebe zu unterrichten und zu führen sich bemüht, ohne Rücksicht auf die politische Anschauungsweise, auf die religiöse Haltung des Elternhauses. Daß aber ein Beamter Erwachsenen gegenüber, von denen er weiß, daß sie deutsches Land verraten und verkaufen wollen, sein Verhalten so einrichten kann, daß nicht einmal eine größere Kühle und Reserviertheit bemerkbar wird, das glauben wir nicht, auch wenn der Beamte noch so gerecht sein will. Eine solche Neutralität mag auf dem Monde möglich sein. Gerade diese Bestimmung wird in den kommenden Monaten bei ehrlichstem Bemühen der Beamten Verdächtigungen, Verleumdungen und Anzeigen Tür und Tor öffnen.

Alles in allem: Wir lehnen die ganze Vorlage ab,weil die hier seitens der Regierungskommission von den deutschen Beamten auf Grund der Willkür des Versailler Vertrages geforderte Neutralität unmöglich gehalten werden kann.

Wir lehnen sie ab, weil die Beamten durch dieses Gesetz in eine unerhörte Zwangslage versetzt werden und das Gesetz eine willkürliche Handhabe bietet, gegen treue und ehrliche Menschen in brutaler Weise so vorzugehen, auch ohne daß von Rechtsverletzungen im sittlichen Sinne gesprochen werden kann. Wir lehnen sie ab, weil das Gesetz nicht dem Frieden des Volkes an der Saar dient, sondern die Beunruhigungen erhalten und vermehren wird.

---

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher !

g. Levacher (DF): Meine Dame und meine Herren! Die Regierungskommission hat am 15.11.ds.Js. allen Zeitungen eine Auflagenachricht zugehen lassen, wonach meine Ansicht, der Artikel 28 des Saarstatuts mache die Vorlage der Regierungskommission zu einer ungesetzlichen,unrichtig sei. Ich muß sagen, daß mir diese Nachricht gar keine Veranlassung gibt, von meiner Auffassung abzugehen. Zunächst ist die amtliche deutsche Übersetzung die sprachlich einzig mögliche, denn es gibt im deutschen Sprachgebrauch nur "örtliche Vertretungen" und keine "örtlichen Versammlungen". Sodann enthält der Text des Artikels 28 kein Wort von einer "politischen" Vertretung. Wenn nunmehr erklärt wird, örtliche Vertretungen seien nur örtliche politische Vertretungen, so kann ich dieser Auslegung nicht folgen, sie legt dem Text einen Sinn unter, den er nicht hat. Übrigens gebraucht der Artikel 1 unserer Vorlage ebenso das Wort saarländische "Vertretung", wir werden uns die Auslegung der Regierungskommission merken, daß das nur eine "politische" Vertretung sein könnte. Das eine möchte ich aber doch sagen:Es wäre ehrlicher gewesen, wenn die Regierungskommission erklärt hätte, die Mehrheit des Landesrates sei gegen ihre Verordnungen,statt daß sie den Zeitungen auflegt zu sagen, ein Teil des Landesrates sei dagegen gewesen.

Die Regierungskommission betont es neuerlich so sehr, sie habe die Pflicht, vollständig neutral zu sein und müsse danach handeln. Das Echo ihrer Bemühungen ist ein sehr verschiedenes. Während Paul Boncour die Neutralität der Regierungskommission in der französischen Kammer über den grünen Klee lobt, ist es die einhellige deutsche Auffassung, daß die Vorlagen für die deutsche Saarbevölkerung überaus kränkend seien. Was jedenfalls die uns heute unterbreitete Vorlage angeht, so bedeutet auch sie nach meiner Ansicht einen objektiven Vorstoß gegen die Neutralitätspflicht der Regierungskommission. Es gibt für uns Saarländer drei Möglichkeiten der

<u>Abstimmung.</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Abstimmung. Daß jemand hier im Saargebiet für Frankreich stimmen würde, nimmt die Regierungskommission doch selbst wohl nicht an. Bleiben die anderen beiden Möglichkeiten, die Abstimmung für Deutschland, oder für das sogenannte automome Saargebiet. Eine Autonomie, die unter dem gegenwärtigen Saarstatut mit einer richtigen Autonomie nur den Namen gemeinsam hätte. Selbst der Versailler Vertrag, der an unserem ganzen Elend schuld ist, hat uns das Recht gelassen, Deutsche zu bleiben und hat uns das Recht gegeben, 1935 für Deutschland abzustimmen. Als Deutsche haben wir aber auch die heilige Pflicht, für unser deutsches Vaterland einzustehen und ihm freudig unsere Stimme zu geben. Sollen wir diesem Recht und dieser Pflicht aber entsprechen können, so dürfen unsere Zusammenhänge mit dem deutschen Vaterlande nicht in einer Weise zerschnitten werden, wie es die gegenwärtigen Vorlagen und andere Maßnahmen der Regierung tun. Ich erinnere nur an eine Verordnung, die ziemlich gleichzeitig mit diesen Vorlagen gekommen ist, wonach nicht einmal mehr ein Kaninchenzüchter oder ein Kegelbruder ohne Erlaubnis der Regierung aus Deutschland zu seinen Kollegen hier eintreffen darf. Die Wirkung dieser Anordnung kann doch nur sein, daß die zahllosen Zusammenhänge des Saargebietes mit seinem deutschen Vaterlande, die stets bestanden haben, da wir Blut vom deutschen Blute und Volk vom deutschen Volke sind, unmittelbar vor der Wahl zerschnitten werden. Das Saargebiet wird durch solche Verordnungen schon jetzt in gewissen geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen auf sich allein gestellt und dadurch jetzt schon künstlich eine gewisse Autonomie hergestellt.

Die Vorlage sieht auch vor, daß niemand, der Mitglied eines nichtsaarländischen Staatsorgans oder einer nichtsaarländischen Vertretung ist, Vorstand oder Mitglied eines Vorstandes oder Leiter von politischen Vereinen sein darf. Das zielt ganz deutlich auf den Führer der Deutschen Front, den Preußischen Staatsrat Spaniol. Bereits in der vorigen Sitzung habe ich darauf hingewiesen, daß der langjährige Präsident der Regierungskommission Rault französischer Staatsrat war. Aber glaubt denn die Regierungskommission im Ernst, es würde sich dadurch, daß sie Herrn Spaniol zwingt, den Titel Preußischer Staatsrat umzuändern in Preußischer Staatsrat a.D. auch nur das Allergeringste im Saargebiet ändern? Ist das aber der Fall, kann sich die Saarregierung darüber wundern, daß man in weiten Kreisen ihr Vorgehen als kleinliche Schikane ansieht?

Ich sagte vorhin, daß die Regierung ihre Pflicht zur Neutralität so sehr betont, wie sieht es aber damit in der Praxis aus? Während man es dem harmlosesten deutschen Vereinsbruder unmöglich macht, ohne Genehmigung der Regierung in das Saargebiet einzureisen, treten in politischen Versammlungen von Parteien, die, ich will mich höflich ausdrücken, gegen die Deutsche Front sind, Franzosen als Redner auf, wie dies insbesondere in einer Versammlung geschehen ist, die der bekannte Dr. Hector einberufen hat.

Die Regierungskommission geht sogar soweit, daß sie in Saarlouis reichseigene Ladenräume, die dem deutschen Reich als Eigentum gehören und der Nutznießung der Regierungskommission unterstehen, an die saarländische sozialistische Partei vermietet und damit die Agitation für den Separatismus in reichseigenen deutschen Gebäuden zuläßt. Damit dieser Zusammenhang ja auch auffällig wird, hängen über dem roten Schild mit der Aufschrift "Freie Saar" die Farben der Regierungskommission. In Wadgassen ist es kürzlich vorgekommen, daß ein deutscher pflichtgetreuer Polizeibeamter auf ausdrückliche Anordnung des Herrn Heimburger eine Durchsuchung seiner Wohnung und Amtsräume hinnehmen mußte. Diese Durchsuchung wurde vorgenommen,

auf

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

250

auf ausdrückliche Anweisung des französischen Ministerialdirektors Heimburger und zwar durch einen Emigranten, den die Regierung zum Kriminalkommissar ernannt hat. Soweit ist es bei uns also schon gekommen. Dieser Kriminalkommissar weiß in den deutschen Gesetzen so wenig Bescheid, daß er die Bestimmung der Strafprozeßordnung, daß solche Durchsuchungen nur in Gegenwart von zwei Zeugen vorgenommen werden dürfen, einfach nicht beobachtet hat. Die Durchsuchung war also ungesetzlich, ohne daß diese Gesetzwidrigkeit bisher im geringsten gerügt worden wäre. Dabei ist sie nur vorgenommen worden, um angebliche Verbindungen zwischen dem Polizeikommissar und den Nationalsozialisten festzustellen. Herr Lehnert hat selbst schriftlich zugeben müssen, daß die Hausdurchsuchung dafür nicht das Geringste ergeben hat.

Was sollen nun unsere deutschen Polizeibeamten und Landjäger tun? Vermutet Herr Heimburger solche Zusammenhänge, so läßt er durch Emigranten Hausdurchsuchungen abhalten. Derselbe Herr Heimburger verlangt aber von unsern Polizeibeamten weiter, sie sollen ihre Beziehungen zur nationalsozialistischen Partei ausnützen und ihm eine vollzählige Liste derjenigen jungen Leute ausstellen, die sich in den deutschen Arbeitsdienst gemeldet haben.

Die Regierungskommission hat in ihrem Erlaß über das saarländische Winterhilfswerk die internationale Solidarität in der Caritas sehr betont. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, beweist die nicht abzustreitende Tatsache, daß 120 000 Zentner Kartoffeln, die das deutsche Winterhilfswerk dem Saargebiet für die Armen des Saargebietes zur Verfügung gestellt hat, schon seit Wochen an der saarländischen Grenze stehen und von der französischen Zollbehörde nicht in das Saargebiet hereingelassen werden. Ob sie faulen und in diesem kalten Winter erfrieren, ist dieser Behörde vollständig gleichgültig, die saarländischen Armen können ruhig weiter hungern.

Zum Schluß nun noch eine Bemerkung. Der Artikel 3 unserer Vorlage stellt es unter Strafe, wenn politische Vereine oder ihre Leiter Anweisungen erteilen oder Aufrufe erlassen, durch welche der Verein oder seine Leiter sich eine Autorität anmaßen oder sich anzumaßen den Anschein erweckt. Jedes Wort der Kritik erübrigt sich gegenüber einer derartigen Vorlage.

Zur Vorlage betreffend

<u>Ergänzung und Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes</u>

folgendes:

Namens der Deutschen Front lehnen wir diese Vorlagen natürlich ab. Dieser Gesetzentwurf verrät zunächst einen beleidigenden Argwohn gegenüber den deutschen Gerichten. Schöffengerichte und Strafkammern, mit deutschen Richtern besetzt, haben auszuschalten. Die Richter haben zwar alle den Eid geleistet, nur nach bestem Wissen und Gewissen zu urteilen. Aber das nutzt ihnen nichts, die Regierungskommission glaubt nicht an ihre Unparteilichkeit. Mit einer lächerlichen Begründung werden Schöffengerichte und Strafkammern ausgeschaltet und an ihrer Stelle der Oberste Gerichtshof in Saarlouis als zuständig erklärt. Es muß in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß der Strafsenat des Obersten Gerichtshofes, der nunmehr

<u>in</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

in Frage kommt, seit einigen Tagen mit vier ausländischen und nur einem deutschen Richter besetzt ist.

Aber nicht einmal dem Obersten Gerichtshof wird eine freie Entscheidung überlassen. Offenbar fürchtet die Regierungskommission, daß dem Einzelfalle entsprechend einmal eine milde Strafe ausgesprochen werden könne. Der § 42 a des Strafgesetzbuches sieht ganz allgemein vor, daß gegebenenfalls Strafaufschub gewährt werden kann. Ebenso allgemein kann gemäß § 42 b bei mildernden Umständen unter die festgesetzte Mindeststrafe heruntergegangen werden. Beide Paragraphen werden für diese Sondergesetzgebung ausgeschaltet, es muß unter allen Umständen bei den harten Strafen dieser Vorlagen bleiben.

Weiter wird in mehreren Paragraphen dieser Vorlage die Entscheidung, ob überhaupt eine Strafverfolgung stattfinden soll, vollständig in die Hände des Präsidenten der Regierungskommission gelegt. Man hat das etwas verschämt so ausgedrückt, daß ihm ein Antragsrecht zugeteilt wird, von dem er dann nach Belieben Gebrauch machen kann und sagt in der Begründung auch noch, darin liege ein Schutz für die Beamten. Wir lehnen ein solches Verfahren natürlich ab und verlangen gleiches Recht für alle.

Wenn man schon derartige drakonische Gesetze vorschlägt, so hat man zum mindesten auch die Pflicht, sie so abzufassen, daß klare Tatbestände gegeben sind, nach denen die Getroffenen sich auch richten können. Was soll man nun aber zu einer Strafbestimmung in dem Paragraph 92 c sagen, in dem es heißt: "Ein Beamter, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes die ihm obliegende Verpflichtung weder mittelbar noch unmittelbar an dem die Volksabstimmung betreffenden Auseinandersetzungen Anteil zu nehmen, verletzt, wird mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und mit Geldstrafe nicht unter 3000 Franken bestraft. Was heißt: "in Veranlassung der Ausübung seines Amtes"? Für einen Deutschen ist dieser Ausdruck gänzlich unverständlich, vielleicht hat er in dem französischen Urtext dieser Vorlage einen Sinn. Ich bilde einmal ein Beispiel. Ein Beamter macht eine Dienstreise. Möglicherweise befindet er sich dabei nach der Ansicht der Regierungskommission in "Veranlassung der Ausübung seines Amtes". Zwischen den Reisenden entspinnt sich die von der Regierungskommission so sehr befürchtete "Auseinandersetzung" über die Abstimmung. Der Beamte beteiligt sich an dem Gespräch. Gefängnis und Geldstrafe sind ihm nach dieser Vorlage sicher. Und so etwas nennt sich eine neutrale Gesetzgebung !

§ 92 d lautet: "Wer einen Beamten zu einer Verletzung des Amtsgeheimnisses, des Gehorsams und der Treuepflicht oder der Dienstobliegenheiten verleitet oder zu verleiten unternimmt, wird mit Zuchthaus bis zu zwei Jahren bestraft. Von welcher Dehnbarkeit diese Bestimmung ist, möge folgendes Beispiel erläutern: Ich gehe zu einem Beamten, der verpflichtet ist, Bürostunden innezuhalten. Ich veranlasse ihn, das Büro für einige Minuten zu verlassen, damit ich ihm eine wichtige Mitteilung machen kann. Damit veranlasse ich ihn zu einer Verletzung seiner Dienstobliegenheiten und verfalle einer Zuchthausstrafe bis zu zwei Jahren.

Glaubt denn die Regierungskommission etwa, durch derartige Zuchthausvorlagen die Dienstfreudigkeit der Beamten zu heben, oder ihr Vertrauensverhältnis zu den Beamten zu verstärken ? Und vergißt denn die Regierungskommission gänzlich, daß ihr ein großer Teil dieser Beamten mit ihrer Zustimmung

von

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

252

von den deutschen Regierungen zur Verfügung gestellt ist? So gewiß ein Treueverhältnis zwischen den Beamten und der Regierungskommission steht, so wenig ist das Treueverhältnis mit den deutschen Regierungen gänzlich erloschen. Aber die Beamtenschaft wird sich durch diese Gesetzgebung nicht irre machen lassen, sie ist es auch nicht geworden, als eine frühere Regierungskommission die Marokkaner gegen sie losgelassen hat. Für sie gibt es keine "Auseinandersetzung" über die Abstimmung, ebensowenig wie für die anderen Deutschen des Saargebietes. Das Gegenteil anzunehmen, ist für uns alle eine Beleidigung. Wir haben den Abstimmungskampf nicht gewollt, der Vertrag von Versailles hat ihn uns aufgezwungen, ohne daß wir ihm ausweichen können. Wir werden uns durch keine Vorlage der Regierungskommission abhalten lassen, ihn aber in deutschen Ehren zu führen. Nichts ist geeigneter, die deutsche Bevölkerung noch mehr zusammen zu schweißen, als solche Vorlagen. Wenn die Regierungskommission die Absicht hat, für Deutschland tätig zu sein, so soll sie diese Tätigkeit nur fortsetzen. Deutschland kann sich auf seine Söhne und Töchter an der Saar verlassen, in diesen schlechten Zeiten nun erst recht.

(Bravo-Rufe der Deutschen Front!)

---

orsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

taatskommissar Kuchenbecker: Es ist vorhin die Bemerkung gemacht worden, daß der Begriff "in Veranlassung der Ausübung seines Amtes" im deutschen Sprachschatz fehle. Ich gebe zu, daß der Ausdruck schwerfällig ist. Die Wendung wird jedoch -(ich habe den Auftrag erhalten, hierauf hinzuweisen)- von dem Gesetzgeber des Strafgesetzbuches in § 340 St.G.B. verwendet. Die Rechtsprechung hat diesen Begriff, wie aus den Kommentaren des näheren ersichtlich ist, eingehend erläutert.

Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat angefragt, was unter "nichtsaarländischen Vertretungen" zu verstehen sei im Sinne des Artikel 1 der Vorlage betr. Abänderung des Reichsvereinsgesetzes. Die Regierungskommission versteht hierunter öffentlich-rechtliche politische Vertretungen, die außerhalb des Saargebietes ihren Sitz haben.

Weiter hat der Abgeordnete gefragt: "Was heißt es, daß derjenige bestraft werden soll, der in einer öffentlichen Bekanntmachung, sich eine Autorität anmaßt oder anzumaßen den Anschein erweckt." Ich muß in dieser Hinsicht auf die Begründung verweisen, welche sagt, daß damit die äußere Form der Kundgebung gemeint ist.

Hinsichtlich der Frage der Strafbarkeit der Tatsachenberichte der Presse über die Vorgänge im Landesrat wurde mir s.Zt. in Aussicht gestellt, daß der Presseverein unmittelbar eine Antwort erhalten würde. Ich nehme an, daß diese Antwort inzwischen erteilt worden ist.

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Man sollte annehmen, daß die Mitglieder des Landesrates ein Recht darauf haben, eine direkte Antwort zu bekommen.)

(Zuruf der Kommunisten: Das ist doch gar keine Handhabung der Geschäftsordnung. Der spricht, ohne sich zum Wort gemeldet zu haben.)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

253

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Hey!

Abg. Hey (KP): Meine Dame und meine Herren! Ehe ich zu der ersten Vorlage Stellung nehme, will ich zuerst grundsätzlich einmal zu den Ausführungen des Abgeordneten Martin mich äußern und zwar in der Frage, daß ausgerechnet die Leute es sind, die protestieren gegen Eingriffe im Einzelleben, die protestieren gegen Terror und dergleichen mehr, ausgerechnet dieselben Leute, die heute ihre Zustimmung geben, daß in Deutschland hunderttausende deutsche Arbeiter viehisch gefoltert, terrorisiert, tyrannisiert werden. Diese maßen es sich hier an über Terror zu sprechen, sie sprechen hier über Ungerechtigkeiten und dergleichen mehr. Ihre Worte über Terror, Ungerechtigkeit und dergleichen, man hätte sie besser gerichtet an diese blutbesuldelte Henkerregierung in Deutschland, die dieses 64 Millionenvolk terrorisiert in einer Art, wie es die Welt noch nie erlebt hat.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich muß den Ausdruck "Henkerregierung" zurückweisen.

Abg. Hey(KP): Aber im übrigen ist es heute leicht, sich hinzustellen und zu reden von einer sogenannten Vaterlandsliebe, vom Deutschtum und dergleichen. Ja, Ihr lieben Freunde

(Lachen rechts)

ich erinnere Euch an die Jahre 1918 und 1919, und es ist interessant, als die Franzosen eingezogen waren, da bin ich auf Grund der Denunziation von deutschen Beamten eingesperrt worden, eingesperrt als politische Geisel, und habe in dieser Zeit 6 Wochen ununterbrochen gesessen. Ich will Ihnen heute noch etwas sagen, Herr Becker. Damals waren es gerade diejenigen Beamten, die sich so sehr als Deutsche aufgespielt haben, diejenigen Männer, die während des Krieges gepredigt haben: Es ist herrlich zu sterben den Tod fürs Vaterland, und die es verstanden haben, in der Etappe ihr Deutschtum zu zeigen. Ich darf Sie weiter erinnern, Herr Becker: Wer war es gewesen, der 1919 ausgewiesen worden ist, der in diesen entscheidenden Jahren

(Zuruf des Abg. Becker(DF): Warum ändern Sie jetzt Ihre Haltung? Bleiben Sie, was Sie waren!)

Sie können das nicht auseinanderhalten. Ich will Ihnen nur eins sagen. Ich habe damals Gelegenheit gehabt, diese Männer kennen zu lernen. Wo waren Sie denn, Sie haben der braunen Farbe Ehre angetan, Sie haben in der Höhle gesessen, als es galt, einzutreten für das Deutschtum. War es nicht die nationalsozialistische Partei selbst, die ausgerechnet diesen Leuten das Zeugnis als Separatistenbanden ausgestellt hat. War es nicht der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Kaas - Herr Martin kennt ihn ja,- der 1923 diese schimpfliche Rolle des Separatismus gespielt hat.

(Zuruf: Kennen Sie ihn denn ?)

Besser wie Sie. Jedenfalls hat die Geschichte gezeigt, daß gerade speziell die Leute sich heute aufführen als die Vertreter der Deutschen Front, die in der Vergangenheit dem

Deutschtum

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

254

Deutschtum am allerwenigsten geleistet haben. Das möchte ich grundsätzlich festgestellt wissen.

Ein anderes Wort zur ersten Verordnung. Es ist dies die Verordnung betr. Veranstaltungen zu Wohlfahrtszwecken. Es war vorauszusehen, daß die Deutsche Front hier sich aufführt, als würde diese Verordnung sich nur richten gegen die Deutsche Front. Wir Kommunisten stellen ausdrücklich fest: Diese Verordnung richtet sich nicht gegen die Deutsche Front, sondern treibt ihnen die Hasen auf die Mühle,

(Gelächter rechts !)

und zwar aus dem einfachen Grunde.....

(Gelächter rechts !)

Wenn Lachen töten könnte, würdet Ihr alle nicht mehr hier sitzen.

Man kann mit einer solchen Verordnung, die hier zur Frage steht, einer faschistischen Behörde, die nationale Propaganda als solche nicht unterbinden. Aber es ist eigentlich interessant, daß gerade speziell die Leute, die die Notverordnungspolitik der Regierung bekämpfen, mit dazu beigetragen haben, daß die Not und das Elend der Werktätigen an der Saar so ungeheuer gestiegen ist, und daß gerade diese Leute sich aufspielen, als wollten sie den Ärmsten der Armen helfen. Ich darf dabei erinnern, mit welchen Schwindelmethoden dieses sogenannte Winterhilfswerk in Deutschland sowohl, als auch im Saargebiet, aufgezogen wurde. Im Saargebiet haben wir in der letzten Zeit den Skandal mit dem nationalsozialistischen Notring erlebt, wo mit den Hungergroschen einer halbverhungerten Bevölkerung zuerst einmal ein Auto gekauft wurde, ohne mal daran zu denken, den Ärmsten der Armen irgendwie eine kleine Unterstützung zu geben.

(Zuruf des Abg. Baltes(DF): Ist ja gar nicht wahr!)

Dieselben Leute, die in ihrer eigenen Presse geschrieben haben von Reinheit, Ehre, von Riesenskandalen, von Riesenkorruption und Betrugsmanöver und dergleichen mehr, sie stehen heute entlarvt vor der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes als die gemeinsten niederträchtigsten bodenlosen Volksplünderer und Volksbeschwindler dar. Aber ich glaube, im Saargebiet hat man noch die Möglichkeit, einmal diesen Schwindel und diesen Betrug zu untersuchen. Hätte man die Möglichkeit heute in Deutschland, in diesen Sumpf-und Korruptionsstall hineinzuleuchten, das Deutsche Volk würde Euch mit der Peitsche über die Grenze jagen.

(Zuruf des Abg. Becker (DF): Legen Sie noch ein paar Hasen auf die Mühle.)

Dieser Zuruf ist mir wirklich zu dumm, als daß ich darauf eingehen würde. Jedenfalls ist diese Verordnung doch deshalb durchgeführt, damit alle Arbeiter, wenn sie heute oder morgen einmal im Kampf stehen um Brot, die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft ausnützen können. Die Vergangenheit hat uns mittlerweile gezeigt, daß bei der ganzen Säuberungsaktion dieser nationalen Front und diesem Winterhilfsschwindel die Regierung gar nicht im geringsten daran denkt, diese zu unterbinden. Die Tatsache, daß die Regierungskommission ihre Genehmigung dazu gegeben hat, hat bewiesen, daß die Regierungskommission selbst

ein

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 112 A4 1

ein Interesse an diesem Winterhilfswerk gehabt hat, das in Scene gesetzt wurde von der Deutschen Front in Verbindung mit der Regierungskommission.

Ich will hierzu noch eins sagen. Heute ist öffentlich bekannt, daß dieser Winterhilfsschwindel nicht aufgezogen wurde zur Unterstützung der armen Bevölkerung, sondern er wurde nus deshalb aufgezogen, um der nationalsozialistischen Agitation und Propaganda im Saargebiet Tür und Tot zu öffnen. Daß dabei meist auch die gleichgeschalteten kommunalen Körperschaften mitwirken, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich will in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß gerade die örtlichen Wohlfahrtsämter es sind, die den Leuten, die noch etwas Wert auf Charakter legen, die es ablehnen, von diesem Betrugshilfswerk sich betreuen zu lassen, daß man denen dann auf den Wohlfahrtsämtern mitteilt, daß derjenige, der es ablehnt, von der Winterhilfe etwas in Empfang zu nehmen, auch keinen Antrag beim gewerblichen Wohlfahrtsamt zu stellen braucht. Hier kommt ganz klar und deutlich zum Ausdruck das einheitliche Zusammenarbeiten dieser Winterhilfsorganisation und den kommunalen Behörden als solche. Aber noch eins. Wie großzügig diese Leute sind im Spenden, dazu ein Fall:

Die Gräfin Sierstorff hat für dieses Winterhilfswerk drei Kopf Salat gestiftet. Die Erwerbslosen, die das hörten, haben erklärt, wir gehen nicht mehr dorthin und das ist ein Zeichen, daß die Erwerbslosen diesen Winterhilfsschwindel erkannt haben. In Deutschland ist es genau so, da liegen 10 Millionen Tonnen Kohlen auf den Halden, die Getreidesilos und Speicher sind zum bersten voll, alles, was das darbende Volk braucht, ist in Hülle und Fülle vorhanden. Aber diese Leute, die über diese ungeheuren Mengen von Produktion verfügen, denken nicht daran, den Armsten der Armen zu helfen. Wer ist es denn, den man ausplündert, niemand anderes als die unteren Schichten der Bevölkerung, wie man dies in Deutschland sieht. Die Pfälzische Presse veröffentlicht einen Aufruf der Gauleitung und macht sich für das Winterhilfswerk bemerkbar. In der Pfälzischen Presse vom 16. November 1933 steht folgender Aufruf:

"An alle Bürgermeister der Pfalz:

Es macht sich verschiedentlich ein Versagen im Aufbringen der Beträge für das Winterhilfswerk bemerkbar. In besonderen Fällen werden die betreffenden Bürgermeister noch im Laufe dieser Woche ihrer Ämter enthoben. Die Bürgermeister haben dafür zu sorgen - und das ist möglich, wenn man nur den guten Willen hat- daß von der gesamten Einwohnerschaft pro Tag und pro Kopf ein Rpfg. hereinkommt. Monatsabrechnung hat somit einen Betrag zu ergeben, der sich aus der Gesamtzahl der Bevölkerungsziffer mal 30 errechnet. Es muß schon als eine Rücksichtslosigkeit betrachtet werden, wenn einzelne Bürgermeister die Dinge der Zufälligkeit überlassen. Ich muß annehmen, daß dieser letzte Hinweis genügt, andernfalls werden die Konsequenzen rücksichtslos in Anwendung gebracht.

gez. B ü r c k e l."

Man verlangt also von Stinnes und Thyssen nicht mehr als von einem Arbeitslosen d.h., daß die Arbeiterschaft in Deutschland nicht entlastet wurde, sondern noch mehr belastet wird. Ich will an den Arbeitsbeschaffungsschwindel erinnern. Dies wird nur geleistet, um die Korruption zu züchten. Der Aufruf

besagt,

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

besagt, daß die unteren Bevölkerungsschichten heute unter einer offenen Faschistendiktatur noch mehr terrorisiert werden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß während der 9 Monate Hitler-Regierung dem Arbeiter auch nur ein Stückchen Brot mehr gegeben wurde. Die Probleme werden nie von der Hitler-Regierung gelöst werden, denn wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Mit solchen Palliativmittelchen ist nichts zu machen, wenn man nicht das Übel an der Wurzel anfassen will. Das bedeutet für die Arbeiterschaft nichts anderes als Not, Elend, Hunger und Untergang. Sehen Sie nach Sowjet-Rußland, dort können Sie sehen, wie man Arbeit und Brot beschafft. Wollen Sie heute noch ableugnen, daß Rußland der einzige Staat der Welt ist, der von der Wirtschaftskrise verschont geblieben ist und daß in Rußland die Arbeitslosigkeit beseitigt ist ? Wollen Sie weiter ableugnen, daß Rußland sozialpolitisch das höchststehende Land der Welt ist?

(Zuruf von der Tribüne)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich mache die Tribünenbesucher darauf aufmerksam, daß Beifallskundgebungen jeder Art zu unterbleiben haben.

Abg. Hey(KP) fortfahrend: Wir lehnen die Vorlage ab und zwar aus dem Grunde, weil wir der Überzeugung sind, daß sich nur das revolutionäre Proletariat selbst helfen kann.

Noch ein Wort zur Vorlage betreffend

<u>Das öffentliche Flaggen.</u>

Der Herr Schmelzer hat mühselig lange gesungen von der schwarz-weiß-roten Flagge. Für uns als Arbeiter ist die schwarz-weiß-rote Flagge und die Flagge mit dem Schandkreuz .....

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich weise diesen Ausdruck zurück.

Abg. Hey (KP) fortfahrend: Das ist doch interessant.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Sie haben von der Reichsflagge verächtlich gesprochen. Sie haben das Wort zur Vorlage zu sprechen, und wenn Sie sich daran halten wollen, entziehe ich Ihnen das Wort mit allen Konsequenzen.

Abg. Hey(KP) fortfahrend: Diese Flaggenverordnung der Regierungskommission wird ebenso wenig beachtet werden wie die vorhergehende. Was soll es heißen, wenn die öffentlichen Gebäude nicht beflaggt werden dürfen, d.h. mit anderen Worten, man gibt der Gesamtbevölkerung Anlaß um so stärker zu flaggen. Diese Vorlage richtet sich aber wie so viele anderen nur gegen das revolutionäre Proletariat. Am 1.Mai ds.Js. wo die Hitlerregierung das große Betrugsmanöver machte, erließ die Regierungskommission eine Flaggenverordnung, nach welcher das Flaggen mit schwarz-weiß-roten Fahnen erlaubt wurde. Nachher hat die Regierungskommission selbst zugegeben, daß dies die Wegbereitung des Faschismus darstellt. Im Saargebiet haben auch die Arbeiter geflaggt, die Flagge mit Sichel und Hammer gehißt und es wurden nicht weniger als 34 Protokolle anhängig gemacht. Aber nicht einem einzigen Faschisten wurde etwas getan. Jedenfalls steht fest, daß

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

257

daß diese Verordnung nur gegen die revolutionären Proleten gerichtet ist.
Wir lehnen diese Vorlage ab.

Zum Schluß noch ein Wort. Mag in Hitler-Deutschland der Terror noch so lange anhalten und sein Unwesen treiben, mag die Regierung das revolutionäre Proletariat unterdrücken, die Sache, für die wir kämpfen, wiegt schwerer als die Revolver der SA. und SS. Wir kämpfen, daß die Arbeiter Arbeit, Lohn und Brot erhalten und deshalb werden wir auch siegen!

(Bravo-Rufe der Kommunisten!)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

258

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sommer !

bg. Sommer (KP): Meine Dame und meine Herren! Zu den Vorlagen betreffend Neutralitätspflicht der Beamten und Reichsvereinsgesetz wurde schon einmal Stellung genommen. Die vorliegenden Verordnungen von heute sowie die hinter uns liegenden zeigen die immer stärkere Faschisierung im Saargebiet durch die Völkerbundsregierung. In immer stärkerem Maße nimmt die Ausbeutung und Auspowerung gegen alle werktätigen Schichten zu, in den Betrieben Lohnabbau, Feierschichten, Krümpersystem, Reduzierung der Akkordsätze für die Erwerbslosen. Verminderung ihrer sehr kärglichen Unterstützung, Zwangsmaßnahmen durch die Bürgermeistereien und Regierung, alle Arbeiten durchzuführen, sodaß es fast ausgeschlossen ist, in Zukunft für die Erwerbslosen Arbeit gegen Lohn zu erhalten. Stärkste Schikanierungen usw. Für Gewerbetreibende, Kleinbauern usw. schärfste steuerliche Ausplünderung für Angestellte, untere und mittlere Beamten, neben früheren Gehaltssenkungen. Verschärfung der Dienstvorschriften, Erhöhung der Arbeitszeit auf 10 und 12 Stunden. Verschärfung des Dienstes durch Dienstdauervorschrift, allgemeine Dienstbereitschaft. Diese Dinge führten in stärkerem Maße die werktätigen Schichten dem Gedanken näher, daß es nur einen Ausweg gibt und zwar den revolutionären Ausweg, daß mehr als je notwendig ist der Kampf der Kommunistischen Partei und der revolutionären Wirtschaftsorganisationen gegen verschärfte Ausplünderung wirtschaftlicher und politischer Entrechtung und Kriegsgefahr zu führen. Der Ausgang der Landesratswahlen für die Kommunistische Partei, die Wahlen der Arbeiterausschüsse auf den Saarbahnen, wobei die ganz junge Organisation der Verband der Eisenbahner durch die Aufstellung der roten Einheitslisten mit nur wenigen Stimmenunterschieden im ersten Jahre seines Bestehend von 5 verschiedene aufgestellten Listen beinahe an erster Stelle zahlenmäßig gerückt ist, obwohl die rote Einheitsliste nur in 20 von 31 Betrieben kandidierte, die wichtigsten Betriebe von den s geschäftsführenden Ausschüssen der roten Einheitslisten besetzt werden. Dieser Entwicklung und das mehr und mehr steigende Vertrauen aller werktätigen Schichten auch der unteren und mittleren Beamten zu den revolutionären Organisationen hat nicht nur die Regierungskommission oder die Verwaltungsstellen in den Betrieben in Aufregung gebracht, sondern auch insbesondere die gesamte Gewerkschaftsbürokratie sowie sämtlicher bürgerlichen Parteien. Die sogenannte Deutsche Front von heute und die Sozialdemokratie. Noch liegen uns in Erinnerung die Versammlungen inn der Wartburg und im Johannishof. Wir in trauter Gemeinschaft die reformistisch-christlich gelben Gewerkschaftsführer in ~~h~~9 holder Eintracht die Einheitsfront offent offen schlossen mit Jäke und Präsident Nikolaus, noch hat die Arbeiterschaft nicht vergessen die erbärmlichen und ekelhaften Verteidigung der Eisenbahndirektion in der Volksstimme vom 3. Januar 1933 zur Entlassung von 230 Eisenbahnarbeitern und Beamten. Dasselbe trifft zu für die Nationalsozialisten in der Saar-Nazi-Front. Auch erinnern sich die Arbeiter und Beamten an das Organ von Peter Kiefer vom Saarknappen vom 14. Januar, wo es heißt "unser Ziel muß sein die R.G.O. aus allen Betrieben zu verdrängen. Für die R.G.O. darf kein Raum bleiben. Also Kampf der R.G.O. auf der ganzen Linie usw. Ganz abgesehen davon, daß sich jene Gewerkschaftsführer einsetzten mit Nikolaus und Jäckel und dem berüchtigten Nazi Dr.Schell eine werk-
faschistische

A4 I

werkfaschistische Organisation zu bilden und auszubauen, gehen aus den Stellungnahmen ihrer Pressen usw. hervor, daß sie die Mitverantwortlichen und Mitschuldigen sind an den Entlassungen der Eisenbahner. Desweiteren, daß sie mit die Urheber der Unterdrückung der freien wirtschaftlichen und politischen Betätigung des Streiks-und Koalitiosrechtes sind. Diese beiden vor uns liegenden Vorlagen sind die Früchte ihrer elenden und erbärmlichen Politik. Sie, die Herrschaften von der Deutschen Front, sind diejenigen, die am wenigsten Recht hätten zu meckern, nicht nur die angeführten Beweise, daß sie die Befürworter oder Unterdrücker der Beamten und Arbeiter selbst sind, sondern sie sind auch gewillt, jede Maßnahme auf alle Werktätigen zu legen. Sie, Herr Becker, von der Deutschen Front, Sie haben vor noch nicht allzulanger Zeit, als die Regierungskommission die ungeheure, scharfe steuerliche Ausplünderung durchführte, erklärt, sie seinen bereit, die Notwendigkeit anzuerkennen und durchzuführen, aber man habe Sie nicht gefragt. Nazi-Baltes sagt, er sei gewillt, friedlich mit der so verhaßten Fremdherrschaft zu arbeiten. Sie waren die Stütze, und werden sie auch bleiben gegen das kämpfende Proletariat. Außerdem hat sicher die fremdländische Regierung von Hitlerdeutschland gelernt, mit welchen Mitteln es möglich ist, das kämpfende Proletariat und die unteren Beamten von der Organisation für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Beamten abzuhalten sowie die Unterbindung der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit. Alle diejenigen in Hitlerdeutschland, die nicht mit den Agenten des Kapitalismus Adolf Hitler gewillt sind zu marschieren, gegen ihre eigene Klasse im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung werden mit den blutigsten Henkermethoden niedergeknüppelt, ermordet in Gefängnissen und Konzentrationslagern gesperrt. Die Verordnung in der Neutralitätspflicht der Beamten hat nur ihre Auswirkungen gegen die unteren Beamten. Nach wie vor werden die Spitzen und oberen Beamten ihre Nazipropaganda unter Ausnützung ihrer öffentlichen Ämter weitertreiben. Denn die oberen Beamten haben selbst, wenn in Einzelfällen Entlassungen vorkommen, nichts zu befürchten. Ihr Ruhegehalt und ihre Pécule sichert ihnen ein angenehmes Leben, währenddessen alle unteren Beamten, die nach der Auflösung des Beamtenbundes und Gleichschaltung unter Anwendung jeder Form von Druckmitteln, insbesondere der Drohung 1935 dem Hungertode übermittelt. In Deutschland hat die Hitlerregierung Arbeiter-und Beamtenorganisationen mit Ausnahme der revolutionären Organisationen gleichgeschaltet, ausgeliefert durch die Verbandsbürokratie. Aber in immer stärkerem Maße zeigt die Entwicklung, daß die Gehirne der unteren Beamten und Arbeiter nicht gleichzuschalten sind. Nach mir waren die unteren Beamten und Arbeiter in ihrer wirtschaftlichen und politischen Tätigkeit so rechtlos wie heute.

Wir stellen folgende Anträge:

I. Freies Koalitionsrecht und Streikrecht für alle Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten.

2. Schaffung von Plan-und Beförderungstellen, insbesondere von diätarischen Beamten.

3. Sicherung der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit für Arbeiter, untere und mittlere Beamte.

4. Verbot der Organisation und Propaganda für alle gleichgeschalteten politischen und gewerkschaftlichen faschistischen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band N. 12

fäschistischen Organisationen.

5. Alle oberen und leitenden Beamten, welche untere Beamte, Angestellte oder Arbeiter zwingen veranlassen oder beeinflussen, in gleichgeschalteten nationalsozialistischen Wirtschafts-oder politischen Organisationen einzutreten, oder irgendwelche Druckmittel gegen Personen ausüben, die einer revolutionären Organisation angehören, sind sofort zu entlassen. Dienst oder Ruhegehälter auch Pécule sind sofort zu streichen.
Beseitigung aller Strafsachen für Arbeiter und untere Beamte aus den Personalakten.

Die Kommunistische Fraktion lehnt es ab, daß künftig Beamte und Arbeiter durch nazifreundliche obere und leitende Beamten drangsaliert werden. Nur bei Berücksichtigung unserer Forderungen wird es wenigstens zum Teil gelingen, die unteren Schichten zu schützen. Zu der Verordnung des Reichsvereinsgesetzes vom 31 Mai wies mein Parteifreund Hey schon damals darauf hin, daß die Auswirkungen sich nur gegen revolutionäre Organisationen richten werden. Kaum waren die Entlassungen der Eisenbahner getätigt, folgte das Verbot der R.G.O. auch als Frucht der gesteigerten reformistisch-christlich-nationalen Hetze. Die Deutsche Front wird sagen wollen, auch unsere Organisationen wie N.S.B.O., Notring, usw. hat man verboten. Die Kommunistisshe Fraktion sagt ihnen in aller Öffentlichkeit, daß das Verbot der N.S.B.O. ein Wunsch und eine Willkommenssache für Sie war, was einmal eindeutig aus der Erklärung von Dr. Ley, übermittelt durch Peter Kiefer, hervorgeht, die Gewerkschaften bis 1935 in der alten Form bestehen zu lassen(natürlich gleichgeschaltet), um sich mit der sogenannten N.S.B.O. oder Nazi-Wirtschaftsorganisation nicht schon vorzeitig auch hier im Saargebiet vor der Arbeiterschaft als elende und lumpige Lakaienorganisationen im Dienste aller Ausbeuter, ob deutsch oder französisch, im Kampf um die Belange der Arbeiter und unteren Beamten entlarven zu müssen. Der Notring unterlag nur einem Verbot, weil das Maß von Korruption überschritten war und niemand mehr im Stande war, diesen stinkenden Sumpf zuzudecken, trotzdem geht der Sumpf unter anderen Namen weiter. Wenn die gleichgeschaltete Presse veröffentlicht, daß durch Denunzierung von Kommunisten in der letzten Zeit auf der Eisenbahn Beamte entlassen werden, so sagen wir Ihnen von der Deutschen Front, daß es die Kommunisten ablehnen, solche Bütteldienste, wie Sie das gemacht haben, der Bourgeoisie zu leisten, so sehen Sie sich einmal gut um, ob es nicht dieselben waren, die sehr nahe zu Ihnen stehen, ob sie in höchster Stelle nicht die Fahrt nach Trier herausgeschrieben haben. Einige, die die Funktionäre der roten Einheitsliste mit ihrem Einverständnis und Mithilfe auf die Strecke brachten, sind auch heute noch diejenigen, welche ihre Verbrecherrollen gegen das kämpfende Proletariat weiterführen, wenn es noch eines Beweises bedarf, greifen wir zu dem letzten Streik auf der Völklinger Hütte, wo unter Führung der Deutschen Front jene gleichgeschalteten, sowie N.S.B.O. auch die revolutionären Gewerkschaften den Kampf der Röchlingproleten abdrosselten, das ist ihr Kampf um freie wirtschaftliche und politische Betätigung. Der Kampf um Lohn und Brot. Sie alle, insbesondere Sie von der Deutschen Front haben auch nicht das geringste Recht auch nur in etwa von nationaler oder sozialer Befreiung zu sprechen. Sie sind die Feinde und schlimmsten Unterdrücker aller werktätigen Schichten an der Saar. So wenig wie im blutrünstigen Hitler-und Henkerdeutschland durch Terror, legale und illegale Morde, Erschießen auf der Flucht

A4 I

261

Verordnungen gegen das freie Koalitions-und Streikrecht gelungen ist, die Kommunistische Partei und alle revolutionäre Werktätigen zu vernichten, so wenig wird die Regierungskommission durch ihre Verordnung den Hunger stillen können und die revolutionäre Gärung im Saargebiet ausschalten können. Auch nicht durch die erste Verordnung, die nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als eine Beamtenschaft zu schaffen wie in Hitlerdeutschland, der jedes Recht fehlt, sich zu äußern oder auch nur den Wunsch äußern darf um soziale Besserstellung, die auf Grund ihrer Stellung, bei anderer höchster Bestrafung, ihre Rolle gegen die Werktätigen im Interesse der jeweiligen Regierung führen muß, solche Verordnungen führen zum Muckertum zu der gemeinsten Denunziation. Wir als Kommunisten wissen, daß Notverordnungen und Verbote sich in erster Linie nur gegen die revolutionäre Organisation und die werktätigen Schichten richten, so auch die Verordnung des Reichsvereinsgesetzes, noch einmal anzuführen, die Entlassung von 230 revolutionären Arbeiterausschüssen und Beamten, trotzdem kein Verbot des Verbandes der Eisenbahner bestand auch nicht die R.G.O. verboten war. Die Listen zur Wahl selbst von der Eisenbahndirektion hergestellt waren, trotzdem im § 28 Absatz 5 des Tarifvertrages freie, wirtschaftliche und politische Zugehörigkeit gestaattet war, wurden jene Leute entlassen mit der Zubilligung und stärksten Unterstützung der christlichen und reformistischen Gewerkschaften sowie der jetzigen Deutschen Front und der Sozialdemokratischen Partei. "Staatsgefährlich" erklärten jene wie Nicklaus und um ihn herum, nachdem "betriebsgefährlich". Wir haben der Eisenbahndirektion sowie der Regierungskommission nachgewiesen, an Hand konkreter Beweise, daß die Eisenbahndirektion diejenige ist, die betriebsgefährlich war und vielleicht manches große Unglück für das reisende Publikum durch das Auftreten der revolutionären Arbeiterausschüsse verhindert wurde. Wir als Kommunistische Partei verlangen heute erneut mit allem Nachdruck die Einstellung aller Entlassenen.

Die Kommunistische Fraktion stellt hierzu folgende Anträge:

1) Aufhebung des Verbots der R.G.O.;

2) Zurücknahme jeglicher Entlassung und Maßregelung von Arbeitern und unteren Beamten und Angestellten wegen Partei-oder Gewerkschaftszugehörigkeit, bezw. verschuldeten Unfällen, Einführung in ihre alten Rechte;

3) Mitbestimmungsrecht der Arbeiterausschüsse und Beamtenausschüsse bei Einstellungen und Entlassungen;

4) Beseitigung aller reaktionären Gesetze,welche die revolutionäre, gewerkschaftliche oder politische Betätigung der Arbeiter, Beamten sowie der Jugend einschränkt oder verbietet.

Im übrigen lehnt die Kommunistische Fraktion diese vor uns liegenden Verordnungen ab und ruft allen Arbeitern, unteren und mittleren Beamten sowie alle Werktätigen auf, zu kämpfen für diese Forderungen, zu kämpfen für die Verbesserung ihrer Lebenslage mit der einzigen proletarischen politischen Organisation der Kommunistischen Partei und den

<u>roten</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

262

roten Verbänden, gegen den blutrünstigen Hitlerfaschismus und Faschismus überhaupt, gegen Völkerbundsregierung für die Schaffung eines freien Saargebietes in einem Rätedeutschland. Dann wird die nationale und soziale Frage für alle Werktätigen gelöst sein.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz !

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! Ich möchte zu allererst die lügenhafte Berichterstattung des Herrn Präsidenten

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich rufe Sie zur Ordnung und werde Ihnen, wenn Sie so weiter machen, das Wort entziehen.

Abg. Lorenz (KP)fortfahrend: daß keine Abmachungen getroffen worden sind, daß zu zwei Verordnungen je 1 1/4 Stunde geredet werden kann und folglich die Redner der verschiedenen Fraktionen sprechen können. Das möchte ich einmal richtiggestellt haben.

Die zweite Frage ist die vorliegende Verordnung betreffend

<u>Strafverfolgung von Übertretungen der Forststrafgesetze.</u>

Die Kommunistische Fraktion gibt diesem Verordnungsentwurf ihre Zustimmung.

Zu den anderen Vorlagen habe ich folgendes auszuführen:

Wer heute früh beobachtet hat, wie sich die Deutsche Front bemüht, hier vor dem Landesrat ihr Deutschtum zu quittieren, dem muß unwillkürlich die Frage auftauchen: Was ist denn los, aus welchen Gründen, was ist der eigentliche Anlaß dazu, daß ausgerechnet Herr Schmelzer und solche Leute besonders ihr Deutschtum unterstreichen mußten. Und wir als Kommunistische Fraktion sind uns keine Minute im Unklaren gewesen. Die Tatsache, daß am 12.November in Deutschland trotz hundertmal vorher erhobenem Geschrei: Der Kommunismus ist tot, es in Deutschland 12 1/2 Millionen gewagt haben, 12 1/2 Millionen den Mut gehabt haben und mutig bekannt haben: Wir haben nicht nur nichts mit der Hitler-Regierung zu tun, sondern wir sind die Freiheitsbataillone, die die Hitlerregierung stürzen und beseitigen werden. Das ist der Eindruck auf die Deutsche Front, und das ist das, was die Deutsche Front heute hier vor dem Landesrat verwischen wollte. Sie wollten also sagen: Hier muß die Frage heute früh aufgestellt werden, daß wir der werktätigen Bevölkerung zeigen, wie wir eigentlich für das Deutschtum im Saargebiet eintreten. Ich möchte sagen, meine Herren, unsere Auffassung ist: Es steht dem Zuchthauswächter, nachdem er die Gefangenen alle in die Zwangsjacke gesteckt hat, sehr schlecht an, die Zuchthausordnung zu verurteilen.

(Zuruf des Abg. Braun(SP): Sehr richtig !)

<u>Ich</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 1

Ich muß mich an die Tribünenbesucher wenden, wenn ich an sie die Frage richte:Haben die Leute, die 1918, 1919,1920,1921, 1923 noch schlimmer wie der Judas ihr Deutschtum noch viel billiger verkauften, das Recht, sich heute hierher zu stellen und zu sagen: Wir sind deutsch. Wir sagen als Kommunisten, an diesem edlen Wettstreit, wer von Ihnen der größte Halunke ist, nehmen wir nicht teil. Und Ihr lieben Männer von einem Teil der Nationalsozialistischen Fraktion. Wissen Sie, was das ausdrückt ? Das drückt nicht mehr oder weniger aus als die Tatsache, Herr Schmelzer glaubt, daß er die, die deutsche Proletariat auch verraten haben, heute noch kaufen kann. Und das drückt nicht mehr oder weniger aus, als daß es bereits soweit ist, daß sie sich an diese Leute wenden müssen, um überhaupt ihren Bestand in Deutschland und im Saargebiet noch halten und verteidigen können. Wir sagen als Kommunistische Fraktion:Wenn wir in der Verordnung lesen von Wahrung des Amtsgeheimnisses und Aufrechterhaltung der Neutralität, und wir sehen, daß hier die Deutsche Front alle diese Verordnungen ablehnt, so kann der werktätigen Bevölkerung nur die Konsequenz gesagt werden: Was die Deutsche Front will, das ist die Wahrung des Amtsgeheimnisses und die Neutralität der Beamten im Interesse des deutschen Imperialismus. Was die Regierungskommission will, ist die Wahrung des Amtsgeheimnisses und die Neutralität des französischen Kapitalismus.

(Zuruf des Abg. Detjen(KP) dem Pressefotografen gegenüber: Dreckhammel Du verfluchter, Du hast nicht zu fotografieren im Saal, Spion,Halunke!)

(Lach nicht so dreckig, ich schlage Dich mit dem Stuhlbein hinaus!)

Was soll eigentlich im Saargebiet anders hergestellt werden als eine Kirchhofsruhe und Kirchhofordnung. Das heißt also, daß niemand mehr das Recht hat im Saargebiet,insbesondere die arbeitende und werktätige Bevölkerung zu irgend einer Frage der Regierungskommission, zu irgend einer der Hungermaßnahmen der Regierungskommission, der französischen Grubenverwaltung und des Millionen-Röchling im Saargebiet sich zur Wehr zu setzen. Und wenn wir Kirchhofsruhe, Kirchhofsordnung sagen, dann glaube ich, muß man vor allen Dingen den Blick der werktätigen Bevölkerung im Saargebiet nach Hitler-Deutschland lenken, eine solche Ruhe, daß die deutsche gesamte Presse, auch hier im Saargebiet die gleichgeschaltete, nur eins zum Ausdruck zu bringen hat, die Meinung von 5 oder 6 Mann, die oben an der Regierung sitzen. Und eine solche Ruhe und Ordnung, wo mit Ihrer Hilfe, Ihr Herren von der Deutschen Front, gegen den Willen der Arbeiter und Werktätigen im Saargebiet auch hier im Saargebiet geschaffenen Imperialismus versucht. Sie haben doch, meine Herren von der Deutschen Front, der Regierungskommission bisher in ihren Maßnahmen gegen die Arbeiter und Werktätigen des Saargebietes aber auch nicht den geringsten Widerstand entgegengesetzt. Was Sie gemacht haben, war, der Regierungskommission jedesmal zu beteuern - und der Redner der Deutschen Front,der erste, hat es heute früh nocmals getan- er sagt, wir wollen keine Obstruktion um jeden Preis, d.h. nicht mehr und nicht weniger, sie haben heute eine andere Formulierung gebracht als sonst, daß sie zu einem Zusammenarbeiten mit der Regierungskommission nach wie vor bereit und gewillt sind.

Wenn wir die letzten Verordnungen, d.h. die Verordnung, die eigentlich erst vom Gesichtspunkt des Proletariats

<u>aus</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 1212 A4 I

aus Unruhe gebracht hat, beobachten, so ist es die Erwerbslosenversicherungsverordnung, dann die Verordnung zum Abbau der Erwerbslosenunterstützung, dann sind es die vielen steuerlichen Notverordnungen der Regierungskommission, wogegen die werktätige Masse und die Arbeiter rebellieren, das sind die Verordnungen, die den Arbeiter und die Werktätigen im Saargebiet so aufgebracht haben, und denen Sie Ihre Zustimmung gegeben haben. Sie haben doch den Steuerstrick dem werktätigen Mittelstand, dem Kleinbauern usw., um den Hals gehängt. Sie haben ihn zugezogen. Sie haben doch erklärt, wir geben der Regierungskommission jede Mittel in die Hand, mit denen sie arbeiten will. Sie haben nachher noch erklärt, daß die Regierungskommission 350 Millionen Franken Steuergelder nach Frankreich gebracht habe, um dort in Frankreich den Festungsgürtel aufzubauen. Darnach hat Herr Becker erklärt, wir geben der Regierungskommission jedes Mittel, damit die Regierungskommission ihre Absichten durchführen kann. Und heute kommen Sie hierher und wollen plausibel machen, wollen versuchen, die Kommunistische Fraktion irre zu führen und wollen sich als die Helden aufspielen. Ich bin überzeugt, die Zeit dürfte nicht mehr allzuferne sein, wo sich Ihr Heldentum, Ihr Helden von der Deutschen Front, erneut bestätigen und auch zeigen wird. Und das wird in folgender Form vor sich gehen. Wenn nur einer von uns heute schon spricht, dann geht ein Teil, was meinen Sie, wenn es erst soweit gekommen ist, daß unter der Führung der Kommunistischen Partei das Proletariat nicht mehr spricht, sondern mit der Waffe in der Hand aufmarschiert, dann kommen alle diejenigen um die Möglichkeit zu retirieren, sondern sie werden dann vor das Volkstribunal gestellt, aber sich nicht, Herr Schmelzer, in einem Kaschemmenton unterhalten, sondern sich mit ihm unterhalten, daß die Gänsehaut Ihren Leib nicht mehr verlassen wird. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Schmelzer. Wenn Sie glauben, der Kommunistischen Fraktion mit ihrem clownhaften Auftreten, mit ihrem gemeinen niederträchtigen Auftreten hier das Geringste antun zu können, dann möchte ich Ihnen sagen: Sie haben sich heute früh vor uns und vor unseren Anhängern als ein guter Kamerad des Kaschemmenministers Göring gestempelt. Der in dem Reichstagsbrandstifter-Prozeß angeklagte bulgarische Kommunist Dimitroff, er mußte nachdem Göring so in die Wolle geraten war, nur die einfache Frage stellen: "Herr Göring, fürchten Sie sich vor meinen Fragen?" Und wir sagen: Sie fürchten sich. In Ihrem Kaschemmenton bringen Sie es immer wieder zum Ausdruck. Sie fürchten sich vor sonst nichts als vor unserer Anklage. Und wie schlagkräftig unsere Anklage ist, das haben die 5 1/2 Millionen Neinsager in Deutschland bewiesen, das haben die 12 Millionen bewiesen, wie die Frankfurter Zeitung selbst schreibt, die haben mit dem nationalsozialistischen Programm, mit der nationalsozialistischen Regierung und mit der Regierungspraxis nicht das Geringste gemein. Und auf der Kraft dieser Millionen stehen wir. Das sind nicht solche Leute, wie Sie zum Beispiel oder Herr Schmoll, die bei günstiger Gelegenheit sich eine Fahrkarte auf dem Saarbrücker Hauptbahnhof gelöst haben und sind nach Saargemünd gefahren, weil sie unter Poincaré und seinen Bajonetten sich sicherer gefühlt haben als unter dem revolutionären Ansturm des Saarproletariats. Das sind die Millionen, auf die wir vertrauen, auf die wir uns stützen, und mit denen wir zur werktätigen Saarbevölkerung sprechen. Die haben noch niemals weder mit Poincaré noch mit Hitler noch mit Ihrem Röchling und sonst einem Volksausbeuter etwas zu tun gehabt. Die haben stets und immer gestanden

auf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

auf dem Boden des proletarischen Internationalismus, und da werden sie auch siegen.

Herr Schmelzer, wenn Sie es gewagt haben, heute die Frage zu stellen nach den Vertretungen der zweiten und dritten Internationale. Ich habe Ihnen schon gesagt, wir werden uns über diese Frage mit der Regierungskommission in keine Unterhaltung einlassen. Die dritte Internationale, der ich mit Stolz angehöre, hat mit der Regierungskommission nichts gemein. Und wenn Sie die Sowjet-Union verunglimpfen wollen, so sage ich Ihnen, daß in der Sowjet-Union die Leute als Menschen behandelt und erzogen werden. Und wenn dann geschrieben wird, in der Sowjet-Union müßten die Menschen Menschenfleisch essen, so kann das nur einem Gehirn entspringen, das entweder an Syphilis erkrankt oder beschränkt ist.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut !)

Unsere Stellungnahme zu der Vorlage geschieht unter dem Gesichtspunkt: "Wer ist die Regierungskommission ?" Ich habe erst einmal Gelegenheit gehabt mit dem Präsidenten der Regierungskommission zu sprechen und nichts kam bei dieser Besprechung heraus. Praktische Möglichkeiten zu helfen, sieht nicht die deutsche Regierung und auch nicht die Regierungskommission. Wir sind der Auffassung, daß der untere Beamte, der Angestellte und der Arbeiter in jedem Betrieb das Recht für sich in Anspruch nehmen kann und muß, für seine Interessen einzutreten, zum Kampf gegen alle Volksausbeuter einerlei, ob sie in der Trikolore oder der Hakenkreuzfahne drin stecken. Auf der Völklinger Hütte ist jedem Angestellten und Arbeiter verboten, irgendwelche Maßnahmen gegen Röchling zu treffen.

In der Wohlfahrtsverordnung ist das Hauptmoment, daß für die streikenden Arbeiter nicht gesammelt werden darf. Wir haben keine Ursache und keine Veranlassung, wir sehen die Frage eines Streiks der Bergarbeiter gegen die Grubenverwaltung und die Metallarbeiter in Völklingen marschieren, sie werden sich den Teufel darum kümmern, was verboten ist, aus dem einfachen Grunde, weil im Proletariat zu tief die Idee der Solidarität verwurzelt ist. Sie wurde dem Proletariat nicht gegeben und kann ihm auch nicht genommen werden.

Ein Wort zum Amtsgeheimnis! Ich erinnere mich an eine Zeit, wo Herr Schmelzer drei Tage vor Veröffentlichung des Amtsblattes der Regierungskommission schon gewußt hat, was im Amtsblatt drin steht. Wir haben damals gesagt, Ihre Verbindungen müssen sehr beträchtlich sein.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Er ist ja auch der Oberhofmaler!)

Heute kann ich mir ganz gut vorstellen, daß die Regierungskommission im Interesse des französischen Imperialismus sich nicht mehr so in die Akten schauen läßt und das ist die Wut des Herrn Schmelzer. Wenn der französische Staat Herrn Schmelzer den Auftrag gibt, in Forbach oder irgend wo anders eine Kaserne zu streichen, dann holt Herr Schmelzer den Pinsel und .....

(Heiterkeit im ganzen Hause!)

Wenn ich noch über das Amtsgeheimnis spreche, so erinnere ich an einen beim Landesrat angestellten Beamten, Herrn Goergen. Ich habe ihn heute morgen gefragt, ob er noch eine Einlaßkarte abgeben könnte, da sagte er mir, das ist die letzte,

ich

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

ich habe sonst keine mehr, Herr Lorenz. Nachher habe ich gesehen, daß er für die Deutsche Front einen ganzen Pack abgegeben hat. Das nennen die Leute Neutralität der Beamten.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich muß die Beamten des Büros in Schutz nehmen.

Abg. Lorenz fortfahrend: In einer nationalsozialistischen Zeitung in Saarlouis ist ein Brief an die Regierungskommission erschienen, der erst zwei Tage vorher an die Regierungskommission abging. Das ist Neutralität der Beamten. Betrachten Sie sich die Verhältnisse im Gemeinderat Heiligenwald. Wenn kommunistische Anträge gestellt werden, dann schreibt der Bürgermeister, der Antrag ist abgelehnt. Diejenigen, die sich beschweren, erhalten den Bescheid, die Kommunisten haben nicht dafür gestimmt.

Dann die Frage des Amtsgeheimnisses!

(Zuruf des Abg. Hey(KP) zum Vorsitzenden: Sie kennen besser das Glockengeheimnis. Sie sind der Küster im Landesrat.)

Nehmen wir an, wir hätten eine Besprechung mit der Regierungskommission und es erklärt jemand dem Vertreter der Regierung in Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiter und Werktätigen, dann sagt die Regierungskommission, der Mann muß vor das Oberste Gericht und ins Zuchthaus. Die Deutsche Front hat kein Recht, sich darüber zu beschweren, denn wenn in Deutschland jemand schief guckt, kommt er ins Konzentrationslager. Gerade Sie, die Sie sich hier gefunden haben, billigen diese Zustände und Sie wollen sprechen von Ehre ? Meine Herren von der Deutschen Front, die Werktätigen unter unserer Führung haben einen anderen Begriff von Ehre. Unser Handeln, das Handeln der Kommunistischen Partei, das Handeln der revolutionären Arbeiterschaft ist nur diktiert von ihren Klasseninteressen und diese stehen unüberbrückbar gegenüber den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Wir haben uns bisher scharf abgegrenzt als Kommunistische Fraktion von der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führerschaft. Die Leute hier geben der Regierungskommission die Zustimmung zu allen Verordnungen, zu Verordnungen, die das werktätige Volk an der Saar fesseln, binden, unterdrücken und knechten. Und die Führerschaft hier in Deutschland den Weg bereitet für den Faschismus und hier an der Saar das Proletariat auszuliefern an die französischen Bajonette. Wir als Kommunisten sagen, wir haben mit solchen Parteien nichts zu tun, weil wir weder die Politik des französischen Imperialismus noch die Politik der Hitlerregierung decken, unterstützen und befürworten. Wir kennen nur eine Politik der Arbeiter und Bauern. Herr Braun, Sie wissen doch, daß in Ihrer Presse der Kampf der Kommunistischen Opposition gegen die Kommunistische Partei ausgenutzt worden ist. Der Unterschied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei, der Deutschen Front und der Sozialdemokratischen Partei uns gegenüber darin besteht, daß wir alle politischen und andere Lumpen aus unseren Reihen entfernen und Ihr habt sie bei Euch. Wer bei Euch Geschäfte treiben kann, wird Führer. Herr Levacher hat in der letzten Landesratssitzung erklärt, daß die politischen Emigranten Verbrecher und Gesindel seien. Sie haben sich das beste Zeugnis selbst ausgestellt. Wer heute die Landeszeitung liest, der hat die Charakterisierung der Deutschen Front.

<u>Wer</u>

Wer die "Saar-Front" liest, hat die beste Charakterisierung des Zentrums, und wer die Landesratsberichte liest, hat die beste Charakterisierung der Herren Schmoll und Schmelzer. Und dann wollen Sie uns sagen, Sie wären in Ehren groß gezogen und groß geworden ? Die Deutsche Front in ihrer jetzigen Zusammensetzung besagt genug, und Herr Röchling und Herr Schmelzer besprechen die Fragen nach jeder Sitzung im „Rheinischen Hof". Wenn man schon eine besondere Nummer des "Saarknappen" herausgeben muß, um Korruptionen zu entschuldigen, so besagt das auch genug. Wenn Sie von Ehre reden, so klingt das so, als wolle die Deutsche Front uns plausibel machen, als wäre sie nicht diejenige, die an den ganzen Verhältnissen schuld ist. Ihr bester Freund, Theodor Vogel, von ihm kann mein Freund Hey Ihnen erzählen, was der Unterschied zwischen ihm und Herrn Vogel ist. Theodor Vogel hat immerhin große Verdienste gehabt, daß er mit dazu beigetragen hat, daß deutsche Beamte und Arbeiter an französisches Militär denunziert wurden. Diese Verordnung begutachten wir, indem wir sagen, wenn mit Mitteln des Terrors und des Druckes gearbeitet wird, dann sage ich, die Deutsche Front hat einen pestilenzartigen Geruch. Außerdem möchte ich hier zum Ausdruck gebracht haben, Herr Schmelzer und Herr Braun waren dicke Freunde, Ihr seid es heute noch nur mit geteilten Rollen. Wir haben uns an Ihrer Liebe noch nicht beteiligt, sondern wir müssen uns scharf von Ihnen abgrenzen. Unser Stichwort für 1935 heißt: Arbeiter, Werktätige, werktätige Mittelständler und Proleten im Saargebiet, kämpft heute, kämpft morgen und jeden Tag um eure Interessen gegen den Faschismus an der Saar, gegen die faschistische deutsche Blutregierung, gegen die Ausbeuter, ob diese Franzosen oder Deutsche sind. Kämpft gegen die, die sich die schwarz-weißrote Fahne umhängen oder das Hakenkreuz oder gar die Trikolore. Kämpft um eure Rechte, um eure Freiheit und Ehre um Arbeit und Brot. Das ist unser Stichwort, das wir herausgeben.

Meine Herren der Deutschen Front, es wird Ihnen nicht gelingen, uns 1935 aber auch nur im geringsten zu fesseln. Wir haben nichts zu tun mit Faschismus und Separatismus, wir haben nur eins gemeinsam mit dem internationalen Proletariat. Herr Schmoll, Herr Schmelzer, Deutsche Front und Hermann Röchling werden erst begreifen, was das Saarproletariat mit der Waffe in der Hand tun wird, bis Ihr Herrschaftsgebilde mit blutigem Terror beseitigt und niedergeschlagen ist.

Meine Herren! Der Herr Präsident der Regierungskommission hat die Bevölkerung mit Notverordnungen bedacht, die nur dazu angetan sind, das werktätige Volk auszubeuten. Wir sagen, Arbeiter und Werktätige, weder die Regierungskommission noch die Hitlerregierung noch die französische Regierung werden euch von den Ketten befreien, sondern die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

(Bravo-Rufe der Kommunisten.)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Eine Vorbemerkung: Zum Spaßmachen, wie es der Abgeordnete Schmelzer teilweise für notwendig fand, ist in der heutigen tiefernsten Zeit sicher keine Gelegenheit. Ich werde mich daher nicht mit den Schmelzer'schen Pferden, die man zwingen wollte, aus einem Flusse Wasser zu saufen, sondern mit den Tatsachen, die sich im und außerhalb des Saargebietes herausgebildet haben, in allem Ernste beschäftigen.

(Zuruf des Abg. Levacher (DF): Die Sache mit den Pferden haben Sie nicht kapiert !)

Sie scheinen immer noch zum Spaßmachen aufgelegt zu sein.

Meine Dame und meine Herren! In der vorletzten Sitzung des Landesrates hat der Herr Präsident dieses Hauses die Abweisung unserer Beschwerde gegen den Beschluß des Altestenrats, auf Grund dessen die einzelnen Parteien nur 10 Minuten Redezeit erhielten, damit begründet, daß eine Reihe Vorlagen in Aussicht ständen, die mit der allgemeinen Politik im Zusammenhang stehen und bei deren Beratung genügend Gelegenheit gegeben wäre, das Versäumte nachzuholen.

(Zuruf des Abg. Hey(KP))

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich rufe Sie zur Ordnung. Der nächste Ordnungsruf wird mit Ihrem Ausschluß aus der Sitzung gleichbedeutend sein.

Abg. Lieser (SP) fortfahrend: Es wurde sogar versichert, daß darüber im Altestenrat Einstimmigkeit herrschte. Die angekündigten Vorlagen stehen heute zur Beratung. Obwohl ich von meiner Fraktion nur den Auftrag habe, über die Vorlagen 5 und 6 der Tagesordnung ein Gutachten abzugeben, gestatte ich mir doch über die allgemeine politische Situation an der Saar einige Ausführungen zu machen. Das "Saarbrücker Abendblatt", das mir anläßlich der letzten Sitzung unsachliche und verleumderische Ausführungen unterschiebt, aber sich wohlweislich hütete, meine Rede im Wortlaut seinen Lesern zu servieren, hat aus Anlaß dieser Sitzung meine Partei zur Regierungspartei avancieren lassen, weil wir uns erlaubt haben, für die Handelskammervorlage zu stimmen. Die Absicht dieser Methode ist zu durchsichtig. Aber vergessen hat das Abendblatt hinzuzufügen, daß die "Deutsche Front" bei der zweiten Vorlage, wo sie doch mit uns <u>für</u> die Regierungsvorlage gestimmt hat, ebenfalls Regierungspartei geworden war. Das darf man aber zur Zeit nicht sein und nicht schreiben, weil man jetzt, nachdem die Treppen zur Regierungskommission genügend abgerutscht sind, im Zeichen Hitlers Opposition mimen muß. Man gibt an für Freiheit und Ehre zu kämpfen. Man beschimpft den Gegner Verräter und Verleumder, beachtet aber nicht, daß die sogenannte Deutsche Presse nie einen unehrlicheren Kampf geführt hat, wie im gegenwärtigen Augenblick. Dieser Kampf muß ja unehrlich sein, weil er nicht aus innerer Überzeugung, sondern auf Befehl, auf Kommando geführt werden muß. Ich habe den gegenseitigen Kampf der Verbündeten der "Deutschen Front" geschildert und das "mannhafte" Verhalten der einzelnen Teile derselben gekennzeichnet. Ich habe besonders der ehemaligen Zentrumspartei gezeigt, wohin der Weg führt. Eine Bestätigung <u>meiner</u>

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

meiner Ausführungen hat ihre Anhängerschaft, soweit sie nach Trier gefahren ist - viele haben es vorgezogen, zuhause zu bleiben - und die Partei selbst erhalten. Goering sprach in Trier wieder, ähnlich wie früher, von roten Ratten und schwarzen Mauselöchern. Gleichschalten von heute auf morgen käme nicht in Frage. Er will sich im Saargebiet seine Leute schon merken und ähnliches mehr. Einen größeren Terroristen kann man sich kaum vorstellen. Auch Reichskanzler Hitler ist nun in die Fußstapfen Goerings und Beckers vom Saarzentrum gefolgt. Während die Letzteren die Emigranten als Gesindel bezeichneten, titulierte der Reichskanzler in seiner Rede in der Siemensstadt am 10.11.1933, die mit den Worten: " An meine Arbeiter" begann, die Emigranten als ein internationales Zigeunervolk. Aufrechte Deutsche, die für ihre politische Überzeugung Haus, Hof, Gut Existenz und Familie verlassen mußten, die nicht wie jener, der das packende Drama "Die Weber" schrieb und darin in grausamer Weise den Kampf zwischen Kapitalismus und wirklichem Sozialismus kennzeichnete und im entscheidenden Augenblick vor dem falschen Sozialismus kapitulierte, ihrer Überzeugung nicht untreu werden wollten, werden wie einstmals als vaterlandslose Gesellen und von den jetzigen Führern des deutschen Kulturvolkes als Gesindel und Zigeuner beschimpft. Mit den Emigranten des Jahres 1918 ist der Reichskanzler glimpflicher verfahren. Er mußte zwar, weil er doch vor Arbeitern stand und um Stimmung zu machen, davon reden, daß nicht er, daß nicht das deutsche Volk, sondern die früheren Fürsten den Krieg verloren haben. Dieselben Fürsten aber, die in höchster Not das Deutsche Volk treulos und feige verlassen haben, werden heute noch durch die Regierung des Volkskanzlers fürstlich mit Abfindungen belohnt. Ähnlich verhält es sich auch mit der übrigen Propaganda. Wenn auch Dr.Göbbels beim Ausbruch des Weltkrieges erst 17 Jahre zählte und nie etwas von der Hölle von Langemark an der Westfront verspürte, etwas hat er sich trotzdem aus der großen Zeit 1914/18 angeeignet. Sind damals drei Meter Schützengraben erobert worden, so hieß es: Fahnen heraus! Glocken wurden geläutet. Sind aber drei oder mehr Kilometer Graben verloren gegangen, dann erklärte man, wenn die Niederlage nicht ganz zu verschweigen war, nach echt Göbbel'scher Art, daß im Interesse des nächsten Sieges die Front etwas zurückgenommen werden mußte. So hatte man die Wahrheit beurlaubt, das Volk betrogen, bis es sich totgesiegt hatte. Ähnlich wird heute in der großen Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit verfahren. Ständig hörten wir und hören es noch, daß der oder jener Bezirk, daß der oder Ort von Erwerbslosen frei ist. Fahnen heraus ! Wie sie frei sind, bleibt das Geheimnis des Propagandaministeriums. Und daß in Ostpreußen, das nach der eigenen Statistik nie frei von Erwerbslosen war, allein im Oktober die Erwerbslosigkeit um rund 130 Prozent zugenommen hat, das braucht das deutsche Volk nicht zu wissen. Da schweigt des deutschen Rundfunks Höflichkeit. Diese unehrlichen Methoden werden nun allmählich auch auf das Saargebiet übertragen. So meldete der bayerische Rundfunk am letzten Sonntag Abend, daß nun auch im Saargebiet, ähnlich dem Reiche, durch Belebung der Metallindustrie die Erwerbslosigkeit im Abnehmen begriffen sei, obwohl die amtliche Statistik, welche die wirklich Arbeitsuchenden nur mangelhaft erfassen kann, das Gegenteil von diesem Rundfunkschwindel berichten muß.

Schwindel und Terror beherrschen nun auch das Saargebiet. Ja, man versteigt sich sogar soweit, sozialdemokratische Gemeinderäte in die "Deutsche Front" zu locken mit der zweifelhaften Zusicherung, daß sie auch in der "Deutschen Front" ruhig Marxisten sein und bleiben können. So predigt der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

270

Fuchs der Gans. Als ein solch schlauer Fuchs hat sich heute wieder Herr Abgeordneter Schmelzer vorgestellt und eine Diffamierung zwischen dem Führer der Freiheitsfront und seinen Anhängern versucht. Ersparen Sie Ihre Mühe, Herr Schmelzer, so dumm ist die Gans, der Sie gepredigt haben, nicht, um von Ihnen aufgefressen zu werden. Ob Sie, Herr Schmelzer, zu gegebener Zeit noch in Ihrer heutigen Front stehen, das wird die Zukunft entscheiden. Dort wo man diese leeren Versprechungen, die aus Angst vor der nächsten Abstimmung entspringen, zurückweist, setzt der Terror von Neuem ein. Und zur Abwehr dieses Terrors hat sich die Regierungskommission zu den vorgelegten Verordnungsentwürfen entschlossen. Ich habe im Namen meiner Fraktion für die Vorlagen 4 und 5 "Die Neutralitätspflicht der Beamten des Saargebietes" und "Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes" ein Gutachten abzugeben. Das Gutachten geht dahin, daß wir den beiden Vorlagen zustimmen. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Beamten in jeder Beziehung, auch in der Frage der Abstimmung in Ausübung Ihres Amtes gegenüber allen Einwohnern gleichmäßig zu verhalten haben. Es ist im Saarstatut, das durch die frühere deutsche Regierung unterschriftlich, durch die jetzige Hitlerregierung durch den sogen. Vierer pakt und durch verschiedene Auslassungen ihres Kanzlers anerkannt wurde, jedem Abstimmenden das Recht gegeben, sich frei und unbeeinflußt über die im Saarstatut vorgesehenen drei Möglichkeiten zu entscheiden. Kein Beamter hat demnach das Recht, in Ausübung seines Amtes seinen Einfluß gegen diese, jedem Stimmberechtigten garantierten Freiheit geltend zu machen. Das gleiche gilt für die nächste Vorlage:

<u>Ergänzung und Abänderung des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes.</u>

Verletzung des Amtsgeheimnisses, unbefugte Veröffentlichung von Amtsgeheimnissen, Verletzung der Neutralitätspflicht, rechtswidrige Denunziation eines Einwohners durch einen Beamten, oder wenn ein Beamter jemanden einer gesetzlichen Strafe rechtswidrig entzieht, alle diese Fälle sind bis jetzt von jeder Regierung, auch von der Hitlerregierung dem Berufsbeamtentum als schlechte Eigenschaften angekreidet worden. Ebenso muß auch der Beamte, der einmal eine andere politische Überzeugung in sich trägt, vor Verleitung zur Verletzung seiner Dienstpflichten und vor einer rechtswidrigen Denunziation geschützt werden.

Ausgenommen sind natürlich die Landesratsabgeordneten, die als mittelbare Staatsbeamten ebenfalls unter die Verordnung fallen sollen. Zwar wird es nicht so weit kommen, wie am Dienstag Nachmittag die „Sendergruppe West" des deutschen Rundfunks bei Durchgabe des drahtlosen Dienstes befürchtet hat, daß es im Saargebiet passieren könnte, daß mit Ausnahme der drei sozialistischen Abgeordneten alle anderen Abgeordneten des Landesrates in der Lerchesflur Platz nehmen müssen. Wird Ihnen nicht Angst, Herr Schmelzer? Was mit dieser Meldung erreicht werden soll, ist ja klar. Der Deutsche Rundfunk hat aber bei seiner Meldung übersehen, daß er mit der erwähnten Möglichkeit anerkannt hat, daß in den sozialistischen Abgeordneten, dort wo sie als mittelbare Beamten Dienst tun, die objektivsten zu erblicken sind. Als eklatander Beweis der Wahrung des Amtsgeheimnisses dient die erwähnte Rundfunkmeldung selbst. Ausgerechnet der Frankfurter Sender war bereits einige Tage später

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

271

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

später in der Lage, über eine geheime Kommissionssitzung bis auf's Kleinste berichten zu können. Aber mag es sein, wie es will. Dem Abgeordneten darf die freie Meinungsäußerung in Ausübung seiner Tätigkeit nicht eingeschränkt werden. Deshalb fordern wir als Zusatz unseres Gutachtens auch heute wieder die volle Immunität der Abgeordneten, die bereits durch die Kommunistische Partei in der Kommission beantragt wurde. Vergessen wurde von der Deutschen Front dem Rundfunk mitzuteilen, daß sie jetzt es nicht mehr für opportun hält, die Immunität zu verlangen.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten !)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Dame und Herren! Die vorliegenden Verordnungsentwürfe zeigen die außerordentlich gespannte Situation im Saargebiet. Was man 1932 nicht für möglich gehalten hat,ist Tatsache geworden. Seit dem Hitler-Regime in Deutschland wird auch im Saargebiet systematisch eine Hetzpropaganda, ein unerhörter Rassen-und Gesinnungsterror gegen andersdenkende Saardeutsche ausgeübt. Achtungen, Boykott, Grußzwang, Bedrohungen, Amtsmißbrauch sind zum Glaubensbekenntnis geworden. In das noch im Jahre 1932 zu 95 % für die Rückgliederung an Deutschland einige Saarvolk sind unerhörte Gegensätze gewissenlos hineingetragen worden. Im Wettbewerb eifern viele Intellektuelle aller Schattierungen, die Geistlichkeit, die Lehrer, die Industriellen, der gewerbliche Mittelstand, die Kommunal-und Staatsbeamten,um den Hitlergeist im Saargebiet in allen Gesellschafts-und Wirtschaftsgebieten obligatorisch einzuführen. Nur die Arbeiterschaft steht pessimistisch und (zu der Deutschen Front) das können Sie sich gesagt sein lassen, in größtem Ausmaße, diesen Bestrebungen entgegenzutreten.

Wer in diesem Gleichschaltungstaumel nicht mitmacht, kommt in die Feme-und Ächtungsliste. Es ist zum Erstaunen, wie die ehemaligen vielen bürgerlichen Interessengruppen in restaurierter Verkleidung nationalen Sozialismus heucheln und ihre Vergangenheit verleugnen.

Noch zu keiner Zeit konnte sich die moralische und politische Verdorbenheit so auswirken wie in der Gegenwart. Alles zu Ehren Deutschlands. Wer gestern noch der größte Taugenichts, Säufer, Radaubruder, gewerbsmäßiger Fledderer war, kann über Nacht zum Nationalheiligen erhoben werden, wenn er nur gleichgeschaltet ist und Andersdenkende terrorisieren kann. Hunderte Terror-und Achtungsfälle, Boykott und Bedrohungen sind in den letzten Monaten im Saargebiet zu verzeichnen. Monatelang sah es im Saargebiet so aus, als hätte die nationalsozialistische Parteileitung die Exekutivgewalt beinahe übernommen. Der nicht gleichgeschaltete Bevölkerungsteil stand unter dem Eindruck, daß Polizei,Landjägerei und Justiz bereits ausführende Organe des Hitlerismus geworden seien. Die vorliegenden Verordnungen sollen diesem Zustand abhelfen und die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten aller Saarbewohner, ohne Unterschied der Partei und Gesinnung, besser schützen als bisher. Die sogenannte "Deutsche Front" beklagt sich nun über Vergewaltigung durch diese Verordnungen. Sie hat jedes Recht verwirkt, ein Wort gegen diese Verordnungen zu äußern. Hat nicht das von ihr so verherrlichte Hitler-Regime wahre Zuchthaus-und Blutgesetze erlassen.

A4

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Sind nicht die unmenschlichsten Schändlichkeiten an in jeder Beziehung einwandfreien Menschen verübt worden. Was haben die Menschen begangen, die in den Konzentrationslagern gefangen gehalten werden ? Die in S.A.Kellern gequält und gemartert werden ? Sie haben eine andere Gesinnung, als es die jetzige Regierung wünscht. Man wendet mittelalterliche,undeutsche Methoden an, um diese Gesinnung des Andersdenkenden, den Menschen mit Gewalt auszutreiben. Als Deutscher hatte ich immer die feste innere Überzeugung, daß echtes wahres Deutschtum auch Ritterlichkeit in sich trage, d.h. dem besiegten Gegner die menschliche Achtung nicht zu versagen und ihm Beweise von menschlicher Größe und hoher Moral gegenüberzustellen. Fürwahr, ich bin in dieser Überzeugung, und mit mir noch Tausende, Hunderttausende und Millionen durch die Vorgänge in Deutschland schwer erschüttert worden. Man nennt es in Hitler-Deutschland Ordnung und Recht, wenn Brutalität gegen Andersgesinnte angewendet wird.

Die sogenannte "Deutsche Front" erklärte, daß im Saargebiet die Ruhe und Ordnung, die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung auch ohne diese Verordnungen gewährleistet seien. Im Saargebiet sei nichts passiert, was die Verordnungen rechtfertigen könnte.

Hat der Gesinnungsterror nicht Formen angenommen, die jeder Beschreibung spotten ? Fangen wir in der Volksschule an, gehen wir weiter durch die Berufsschulen, durch die höheren Schulen, durch die Kontore gleichgeschalteter Unternehmer, durch Staats-und Kommunale Dienststellen, durch Amtsgerichte, Finanz-,Versorgungs-und Forstämter, überall ist die Wahrnehmung zu machen, daß diejenigen Saardeutschen, die nicht vom Hitlerismus befallen sind, nicht als gleichberechtigte Deutsche im Saargebiet behandelt werden.

Es hat sich eine Front der sogenannten besseren, überheblichen und eine Front der einfachen nach innerer und äußerer Freiheit strebenden Deutschen im Saargebiet etabliert. Auffällig dabei ist nur, daß eine große Anzahl ehemals national unzuverlässiger Kantonisten aus den Jahren 1919 - 1923 jetzt in der Front der sogenannten "besseren Deutschen " stehen und heute das Hakenkreuzabzeichen nicht groß genug tragen können. Die einfache, freiheitsliebende Front der Deutschen hat keinen Makel an ihrer nationalen Vergangenheit. Darüber wird einst die wahre deutsche Geschichte ein Urteil sprechen.

Trotzdem wird gegen diesen Volksteil gehetzt. Trotzdem werden in den Volks-und höheren Schulen die Kinder dieser andersdenkenden Väter und Mütter als minderwertige Schüler behandelt, werden in vielen Schulen des Saargebietes Lehrstunden ausgefüllt mit Verächtlichmachungen gegen Andersdenkende und die jungen Kinderherzen mit Haß und Chauvinismus mit Intoleranz erfüllt.

(Zuruf des Abg. Martin (DF): Wenn Sie keine Beweise bringen können, erzählen Sie das auch nicht!)

Ich komme mit Beweisen,Herr Martin, beruhigen Sie sich nur. Das S.A. und Horst-Wessel-Lied sind in vielen Volks-Berufs- und höheren Schulen zum Lehrfach geworden. Der sogenannte deutsche Hitlergruß nach dem Beispiel des Lyzeums und Gymnasiums in Neunkirchen ist schulamtlich. Trotz Verbots,Parteiabzeichen in der Schule zu tragen, wird dies von einem großen Teil des Lehrpersonals geduldet. Drohungen für 1935 wurden in vielen Fällen, besonders von Lehrpersonen ausgesprochen.

(Zwischenrufe der Deutschen Front !) Warten

273

Warten Sie doch ab, haben Sie doch Geduld, wenn es auch unangenehm ist.
Der Lehrer Gensheimer vom Schulsystem Schloßstraße Neunkirchen erklärte: Der erste, der 1935 dran glauben muß, ist der Koßmann, der große Lump.

(Zuruf aus der Deutschen Front: Zeugen !)

Zeugen dafür habe ich, obwohl ich ja nicht den Herrn Koßmann zu verteidigen habe. Ich stelle ihn nur als konkreten Beweis heraus und habe diesen Fall besonders gewählt, weil er Ihnen ja auch am Herzen liegen muß.
Der Lehrer Aulenbacher hielt Vortrag vor den Kindern über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und betonte, Hitler habe sehr recht getan.

(Zuruf des Abg. Becker: Das hat er auch, das ganze deutsche Volk hat ihm beigestimmt!)

Die Berufsschullehrerin Fräulein Lander in Neunkirchen hat als Hauptlehrfach das SA-und Horst-Wessel-Lied eingeführt. Auf den Hinweis einer Schülerin, daß es doch in der Schule verboten sei politische Lieder zu üben, warf sie die Schülerin zur Türe hinaus mit dem Bemerken: Hier habe nur ich zu bestimmen !
Am Tage der Staatsratstagung in Berlin kam der protestantische Pfarrer,Herr Tesken, zu seinen Pfarrkindern in den Unterricht und sagte zu den Kindern:" Heute habt ihr einen freien Tag. Die Regierungskommission hat euch wohl diesen Tag nicht freigegeben, aber wir folgen unserem Führer. Heil Hitler!" Als einige Schüler den Gruß nicht mitmachten, wurden sie verhauen.

(Zuruf des Abg. Martin(DF): Das hat aber mit dem Unterricht nichts zu tun !)

Ich habe ja nur kurze Zeit zur Verfügung, Herr Martin. Geben Sie mir zwei Stunden Redezeit, dann werde ich Ihnen das nächste Mal eine ganze Fülle von Material vorlegen können. Aber denken Sie ja nicht, daß wir damit hinterm Berg zurückhalten und uns von der Angst-Psychose zurückschrecken lassen.
So könnte ich die Einzelheiten hundertfach fortsetzen, wie hier im Saargebiet tätige Lehrer ihr Amt als Organe der nationalsozialistischen Partei ausüben.
Nicht viel anders sieht es in den protestantischen Kirchen des Saargebietes aus. Dort sitzen zum Teil die Haupthetzer der Nationalsozialisten. Sie werden mir zugeben müssen, daß es mit den katholischen Geistlichen noch nicht ganz soweit ist, da diese noch nicht ganz im Reinen mit sich sind. Ich habe von der Konferenz gelesen, bei der Herr Papen zugegen war. Und deshalb möchte ich die katholischen Geistlichen,die den Kopf noch nicht unter den Arm genommen haben, die noch mit sich selbst ringen, zur Selbstbesinnung rufen.
Bekanntlich ist ja da die lutherische Bewegung durch den Kampf gegen das Dogma der katholischen Kirche entstanden. Ein dreißigjähriger Krieg mußte zuerst geführt werden, um dieser Glaubensbewegung Anerkennung zu verschaffen. Ich bin nämlich auch getaufter Protestant und bin ziemlich in der Geschichte informiert, obwohl ich sehr tolerant bin, kein Fanatiker, der die Kirche nur nach dem jeweiligen Staatsbild anerkennt. Das Bibelwort:" Liebet Eure Feinde, tut wohl denen, die euch hassen, bittet für die, die euch beleidigen und verfolgen " sollte nach dieser Anerkennung ein Leitsatz

der

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 1

der protestantischen Religion sein.

(Zuruf des Abg. Lorenz (KP): Fall doch vor denen auf die Knie, dann hast Du alles getan!)

Dem Herrn Abgeordneten Lorenz gefällt das nicht, er muß aber ein Bißchen warten, es kommt noch etwas Schöneres. Ich ziehe ja die Parallele, was diese Bewegung öffentlich nach dem Bibelwort vortäuscht. Die heutige Praxis dieser protestantischen Lehre sieht dagegen anders aus, nach dem das Hakenkreuz zum kirchlichen Symbol erhoben wurde.

Ein drastischer Beweis dafür sind die Umzüge der Protestanten von Sulzbach und anderen Orten am Luthertag voriger Woche. Unter Teilnahme der humanitären Volkserzieher, Geistlichen und Lehrer und einem Trupp uniformierter Nationalsozialisten sangen sie beim Vorbeimarsch am Volkshaus in Sulzbach "Die rote Front schlagen wir entzwei". Das ist das Herr Lorenz, was ich herausschälen wollte. Hoffentlich haben Sie jetzt mehr Verständnis dafür.

(Zuruf des Abg. Lorenz (KP): Für Eure Politik niemals!)

(Zuruf des Abg. Braun (SP): Ihr lernt es auch niemals!)

Mit dieser Absicht ist jedenfalls nicht bekundet, im Saargebiet Ruhe und Ordnung zu garantieren.

In den Dienststellen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen fühlen sich die Nationalsozialisten als Herren der Lage. Typisch ist der Boykott der sozialdemokratischen Presse bezüglich der amtlichen Bekanntmachungen. In der Stadt Neunkirchen besteht nach wie vor ein vor Jahren gefaßter Stadtratsbeschluß, daß die amtlichen Bekanntmachungen auch in der Volksstimme bezw. Neunkircher Echo zu veröffentlichen sind. Dieser Beschluß wird nicht eingehalten. Die gleichgeschalteten Beamten, die sich früher nicht genug bei der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion anbiedern konnten, inhibieren diesen Beschluß in jeder Form. Auf eine Beschwerde bei der Regierungskommission und die erfolgte Rückfrage bei dem Bürgermeister hat derselbe geantwortet, daß es nicht mehr vorkomme. Trotzdem kommt es weiter vor. Der Bürgermeister von Neunkirchen steht anscheinend schon unter dem Kommando der SS. und SA.Leute in seiner Verwaltung.

(Zuruf der Kommunisten: Merkst Du das jetzt erst!)

In vielen Verwaltungsabteilungen wird während des Dienstes Parteiarbeit für die Nationalsozialisten besorgt. Die Dienststellenvorsteher wagen nicht, gegen die untergeordneten Beamten und Angestellten, die als SA. und SS.-Leute auftreten, ihre Autorität durchzusetzen, oder sie sind mit ihnen selbst im Bunde. Die Terror-und Druckmethoden gegen andersdenkende Beamte und Angestellten sind auf diesen Ämtern zur Regel geworden. Der Obersekretär Dorst in der Stadtverwaltung Neunkirchen drohte einem Mitarbeiter oder seinen Mitarbeitern, er würde jeden erschießen, der es wagt, etwas darüber zu sagen, daß er während seiner Dienstzeit Arbeiten verrichtet hat, die den Bestimmungen der Regierungskommission zuwiderlaufen. Wir sind ziemlich weit gekommen. Der Kriminalsekretär Fried, ebenfalls aus Neunkirchen, ließ während der Dienststunden einen städtischen Beamten zu sich kommen und ersuchte ihn, aus der nationalsozialistischen Partei auszuscheiden, gleichzeitig eine öffentliche Erklärung abzugeben, daß er mit der Politik des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Max Braun, nichts gemein habe, nicht

einverstanden

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 1

275

einverstanden sei. Wenn er diese Erklärung abgebe, würde der Bürgermeister ein Verfahren, das gegen ihn laufen solle, zurückziehen, andernfalls seine Entlassung aus dem Dienst sicher wäre. In vielen hundert anderen Fällen ist derselbe Druck ausgeübt worden.

Am Sonntag, den 19.November 1933 war hier in Saarbrücken, in der Nähe der Wartburg, eine nationalsozialistische Veranstaltung. Aus dieser Veranstaltung ging eine Reihe der Angehörigen von der Nazipartei und des Kyffhäuserbundes in voller Uniform durch Saarbrücken. In der Nähe der Wartburg wurden sie von einem Schutzmann verhaftet. Er brachte sie auf das zuständige Revier, und dort wurden sie sofort wieder entlassen. Der wachhabende Beamte sagte nämlich zu dem Schutzmann : Wie kommen Sie dazu, die Leute zu verhaften? Sie sollen doch ihr Augenmerk hauptsächlich auf Angehörige der Gegenseite richten. Dann ordnete der Wachhabende an,daß die Leute einen Augenblick warten sollten, bis das Publikum sich verlaufen habe.

Dem sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglied Ludwig Simon aus Neufechingen ist als Bademeister gesagt worden, daß er seinen Posten als Gemeinderatsmitglied niederlegen solle, andernfalls er mit seiner Entlassung zu rechnen hat.

Der Gesinnungsterror gegen Wirte und Gewerbetreibende wird mit allem Eifer betrieben. Wirte, welche eine Linkspresse halten oder Linksparteien nichtgleichgeschalteten Gewerkschaften, Arbeitersport-und Arbeitergesangvereinen ihr Lokal überlassen, erhalten Schreiben, worin ihnen Boykott angedroht und Rückgliederungsangst eingeflößt wird. Dem Arbeiterturnverein und Arbeitergesangverein "Bruderbund" Wellesweiler wurden das Übungslokal, das lange Jahre von ihnen benutzt wurde, abgetrieben. Dem Wirt wurde der Boykott angekündigt, falls er diese freien Korporationen länger in seinem Lokal dulde. Der Gleichschaltungs-und Gesinnungsterror tobt auch bei den Kriegsbeschädigtenverbänden. Der jüdische Kriegsbeschädigte, Moritz Herz aus Neunkirchen,war Mitglied des Reichsbundes deutscher Kriegsbeschädigten bis Mai 1933. Er hat immer prompt seine Beiträge bezahlt. Von da ab wurde er einfach nicht mehr kassiert. Auf seine Beschwerde beim Vorsitzenden erklärte ihm derselbe: Wir sind gleichgeschaltet und Sie sind ausgeschaltet.

(Zurufe von rechts: Das ist nicht wahr, wir haben noch Dutzende von jüdischen Frontsoldaten und Kriegsbeschädigten.)

Ich muß mich dagegen verwahren, daß man sagt, das ist nicht wahr. Das kann ich durch Zeugen belegen.

(Zuruf des Abg. Wilhelm(DF): Das ist nicht wahr!)

Herr Pfarrer, Sie sollen aber überhaupt nicht lügen.

(Zuruf des Abg. Wilhelm(DF): Ich habe nicht gelogen!)

Er wurde seiner Rechte, die er jahrelang bei dem Verband erworben hat auf Rechtsschutz und Sterbegeld vollständig beraubt.

Einem linksgerichteten Geschäftsmann in Elversberg wurde an seine mit Muschelkalk verputzte Hausfront des nachts mit roter Mennigfarbe in großen Lettern die Aufschrift angebracht: "Wer hier kauft, ist ein Volksstimme-Leser".

Dem

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Dem Verwalter der Postagentur in Bildstock wurden zwei Mal von Nationalsozialisten unter dem üblichen SA.-Gejohle die Fenster eingeworfen.

Von dem Gesinnungsterror in den Betrieben ist bereits an dieser Stelle gesprochen worden. Obwohl im Saargebiet die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer gesichert sein soll und unter dem Schutz des Völkerbundes und der Regierungskommission steht, wird ein unerhörter Terror von gleichgeschalteten Hüttenbesitzern und deren Beamten ausgeübt. Die Zwangswerbung für den Notring, der jetzt neuerdings nach dem erlassenen Verbot als "Opferring" fortgesetzt werden soll, ist bereits genügend gekennzeichnet. Die Zweckbestimmung für die durch den "Notring" gesammelten Geldbeträge hat nach der amtlichen Bekanntgabe, wonach ein Mercedeswagen für den Führer am notwendigsten war, allgemeines Erstaunen und Enttäuschung ausgelöst.

Auch die Einführung des Hitlergrußes in großen Eisenwerken des Saargebietes ist ein Eingriff in das Koalitionsrecht, sowie das Verbot, daß die Belegschaft von Hüttenwerken Flugblätter von Tariforganisationen nicht annehmen darf. Der Schutz und die Sicherheit der gegen die nationalsozialistische Partei im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Geisteskampf stehenden Personen ist im Saargebiet nicht gewährleistet. Die Vorfälle im Püttlinger Volkshaus werfen ihre Schatten voraus. In Sulzbach, Wiebelskirchen, Ottweiler und Neunkirchen, sowie in allen Ortschaften des Saargebietes machten sich in den letzten drei Wochen die aufgehetzten nationalsozialistischen Leidenschaften bedrohlich gegen Andersdenkende bemerkbar. Der nichtgleichgeschaltete Teil der Bevölkerung des Saargebietes erwartet von der Regierungskommission, daß sie diesen anmaßenden Unterdrückungsmethoden der wildgewordenen Nationalsozialisten entsprechende Gesetzesmaßnahmen erläßt. Die sozialdemokratische Partei hat sich stets dagegen gewandt, daß scharfe Gesetze gegen die Bevölkerung angewandt werden. Auch im Saargebiet hat sie in der Vergangenheit dafür den Beweis erbracht. Die heutige Situation gebietet jedoch, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und den Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen eines Volksteils gegen den andern mit entsprechenden Gesetzesmaßnahmen entgegenzutreten. Wir stimmen deshalb den Vorlagen zu.

(Pfui-Rufe der Deutschen Front !)

Ihr Pfui kann mich nicht beirren. Ich habe ein dreifaches Pfui für das, was Sie drüben im Reich getan haben.

Ich habe dann noch etwas an die Adresse des Herrn Schmelzer zu richten. Er stellt sich hierher mit einem Pathos und glaubt, daß er mit diesem Theaterspiel Leute einfangen kann, die ihn auch kennen aus seiner politischen Praxis. Herr Schmelzer hat versucht, meinen Genossen Lieser und meine Person gegen unseren Parteigenossen Max Braun auszuspielen. Diese Liebesmühe kann er sich sparen. Eine übernommene Notiz in unserer Zeitung ist nicht richtunggebend für die sozialdemokratische Partei des Saargebietes. Unser Deutschtum konnte das schärfste Vorgehen französischer Imperialisten und Militaristen nicht umstoßen. Ebensowenig kann uns das wildeste Benehmen der Nationalsozialisten, der sogenannten Deutschen Front, beirren, als Deutsche den Weg der Völkerverständigung weiter fortzusetzen. Wir und Max Braun mit uns kämpfen aber auch für ein Deutschland, von dem Karl Bröger sagte: Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand.

Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4 I

(Zuruf v.d.Rechten: Der hat das nicht gesagt!)

Hat er das nicht gesagt?

(Zuruf: Nein, es war ein anderer Hoffmann von Fallersleben!)

Vielleicht hat Herr Martin die Litheratur nicht gelesen.

Ich habe nun noch einen Antrag dem Herrn Staatskommissar zu unterbreiten:

A n t r a g

der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates

betr.: Amnestie für politische Gefangene.

Die Regierungskommission wird ersucht, eine Amnestie zu erlassen, wonach alle politischen Gefangenen vor Inkrafttreten der neuen Notverordnung auf freien Fuß gesetzt werden.

B e g r ü n d u n g !

In den letzten Monaten sind im Saargebiet eine Anzahl Urteile über politische Strafdelikte gefällt worden, die nach Auffassung weiter Bevölkerungskreise den politisch unbeeinflußten Richterspruch vermissen lassen. Solange die nichtgleichgeschaltete Bevölkerung bei nicht eingehend präzisierten Gesetzen dem Spruch der gleichgeschalteten Richter überantwortet war, mußte mit derartigen Urteilen gerechnet werden.

Die neuen Verordnungen geben für die Zukunft hoffentlich eine bessere Gewähr in der Rechtsprechung auch gleichgeschaltete Richter zur juristischen Objektivität zu zwingen. Durch eine Amnestie könnte begangenes Unrecht in der Rechtsprechung zum Teil wieder gut gemacht werden.

Dann habe ich folgende Anfrage an den Herrn Staatskommissar zu richten:

„Ist der Regierungskommission bekannt, daß in einigen Betrieben im Saargebiet nichtgleichgeschaltete Arbeiter entlassen werden und reichsdeutsche Arbeiter eingestellt werden ?

Die Firma Ernst Heckel in Rohrbach, welche ca.1500 Mann beschäftigt, stellt diese Arbeiter aus dem Reich ein unter dem Vorwand, daß sie Spezialarbeiter benötige. In Wirklichkeit verrichten diese Arbeiter keine Spezialarbeit, sondern die Arbeit, welche die aus dem Saargebiet verdrängten Arbeiter verrichtet haben.

In

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

278

In Bierbach bei Blieskastel liegt die Dingler'sche Maschinenfabrik G.m.b.H. , die in der Hauptsache Hochöfen und Bergwerksmaschinen herstellt. Meister im Betriebe ist ein gleichgeschalteter Stahlhelmführer, ein früherer Landjäger, der bei den Unruhen im Ruhrgebiet als General der Aufständischen gegen die Regierungstruppen aufgetreten war. Dieser mit den Nationalsozialisten aufs engste verbundene Stahlhelmführer versucht mit allen Mitteln, unterstützt durch seine Vorgesetzten, den Betrieb zu einem Nationalsozialisten-Nest auszubauen. Die freigewerkschaftlich organisierten und nicht gleichgeschalteten Arbeiter des Betriebes sind dauernd Schikanen ausgesetzt. Mehrere sind entlassen worden, die ihre Entlassung auf ihre politische Einstellung zurückführen. Ein ganz besonderer Skandal ist es, daß die neu eingestellten Arbeiter zum Teil nicht aus dem Saargebiet stammen, sondern aus dem Hitlerdeutschland herübergeholt werden. Trotzdem im Saargebiet Arbeitslosigkeit hinreichend groß ist, werden fortdauernd Saarländer arbeitslos gemacht und dafür Faschisten aus dem Reiche eingestellt. In den Gemeinden Bierbach und Umgegend laufen reichlich Arbeitslose herum, die auf dem Werk, das früher ausschließlich in Zweibrücken lag, groß geworden sind. Trotzdem werden diese Arbeiter, weil sie nicht gleichgeschaltet sind, nicht eingestellt bezw. nicht weiter beschäftigt und dafür gefährliche Elemente aus Hitlerdeutschland hereingeschmuggelt.

Wir erwarten von der Regierungskommission Abstellung dieser Zustände.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Braun!

Abg. Braun (SP): Meine Dame und meine Herren! Es ist tief bedauerlich, daß der in der Menschheitsgeschichte beispiellose Terror des Hakenkreuzbarbarismus zu solchen gesetzlichen Maßnahmen im Saargebiet zwingt - aber am bedauerlichsten ist, daß wir nicht einmal sagen können, daß diese Gesetze zu weit gingen, daß wir im Gegenteil feststellen müssen, daß der Schutz unserer Arbeiter in den Betrieben und aller nichtgleichgeschalteten Menschen im Saargebiet in ihrer Existenz keineswegs restlos gewährleistet ist. Grotesk aber ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der sogenannten "Deutschen Front"! Sie schreit nach Freiheit und meint Knechtschaft, falls es nur die Knechtschaft Hitlers ist.

(Zurufe der Sozialdemokraten: Sehr gut !)

Meine Herren von der Deutschen Front: Sie haben jedes Recht verloren, sich über irgendeine Maßnahme zu beschweren, seitdem sie zu der unmenschlichen und bestialischen Unterdrückung aller Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Wahrheit in Hitlerdeutschland Beifall geklatscht und Ja und Amen gesagt haben. Sie haben sich selbst das beste und stärkste Argument des Selbstbestimmungskampfes des Saarvolkes aus der Hand geschlagen: Solange Ihr Führer und seine Despotie nicht Demokratie, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Wahrheit und Recht im eigenen Lande den eigenen Volksgenossen zu geben bereit ist, solange ist Ihr Geschrei nur eine Dreistigkeit ohne moralischen Boden und ohne jede innere Berechtigung.

Nur wer sich nicht gleichschaltet, behauptet für sich das Recht, nach wie vor jene Ideen und Grundsätze anzurufen, die als Menschlichkeit und Menschenrechte unverrückbare Wegweiser des menschlichen Fortschrittes sind.

Wenn die nichtgleichgeschalteten Kreise des Saargebietes gegen den Terror vorgehen, nennt das der Herr Abgeordnete Martin "Denunziation bei der Regierungskommission und beim Völkerbund." Was sagt der Herr Martin zu folgendem Fall: Ein Bürgermeister des Saargebietes bietet einem sozialdemokratischen Stadtverordneten an, ihm aus den Mitteln des Winterhilfswerks zur Bezahlung seiner Darlehnsschuld für Hausbau die entsprechenden Summen zu gewähren, falls dieser Stadtverordnete sich zur "Deutschen Front" bekennt und sich von seiner Partei lossagt. Ist das nicht ein beispielloser, ein ungeheuerlicher, ein unglaublicher Terror ? Glaubt die sogenannte "Deutsche Front" wirklich mit solchen Mitteln einen Abstimmungskampf zu gewinnen, sieht keiner der "Deutschen Front", was hier am deutschen Volkstum zerbrochen wird, um evtl. Charakterlumpen einzutauschen ? Aber die Herren täuschen sich: Noch gibt es tausende aufrechter Männer und Frauen an der Saar, denen ihre Gesinnung, ihre Überzeugung und ihr Glauben heiliger sind, als alle ihnen gebotenen materiellen Güter, die lieber untergehen, als sich gleichschalten lassen.

Daß Ihnen das Urteil des objektiven und wirklich gutmeinenden Auslandes nichts sagt, ist tief bedauerlich. Blätter von der absoluten Deutschfreundlichkeit wie der "Observer", der "Manchester Guardian", der "Daily Herald", auf französischer Seite der "Populaire", die "Republique", das „Oeuvre", die „Depesche de Toulouse", haben sich vierzehn Jahre lang konsequent für die Befreiung Deutschlands aus den Fesseln des Versailler Vertrages eingesetzt, sie haben ebenso

für

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

ebenso für die Befreiung des Rheinlandes wie für die Niederschlagung der Reparationen wie für die Wiederaufnahme Deutschlands in den Völkerbund gekämpft. Und was sagt diese zweifellos deutschfreundliche Presse heute übereinstimmend:-Hitlerdeutschland ist der Weg des Verderbens für die deutsche Nation und eine ständige Kriegsgefahr für Europa! Die Befürworter Deutschlands sind zugleich die schärfsten Gegner Hitlerdeutschlands geworden. Aber Ohren, die die Hitlertrunkenheit taub gemacht hat, predigt man vergeblich !

Abgeordnete der sogenannten "Deutschen Front" behaupten, die Regierungskommission wolle das Volk an der Saar zu Knechten" machen. Das kann die Regierungskommission gar nicht abgesehen davon, daß sie es bestimmt nicht will. Knechte machen kann man nicht - aber Knechte werden sich selbst zu Knechten machen, das kann man und das haben uns die gleichgeschalteten Herrschaften auch an der Saar einwandfrei dargetan!

(Zurufe der Linken : Sehr gut !)

Auf den Lippen einiger gleichgeschalteter Redner prangte das stolze Wort Zuchthausvorlage" Haben die Herren ein kurzes Gedächtnis? Sollten Sie wirklich schon vergessen haben, daß der Hitler, dem sie sich gleich-und untergeschaltet haben, aus ganz Deutschland ein einziges Zuchthaus gemacht hat und das die Leute, die nicht im Konzentrationslager sitzen, dafür in einer einzigen großen Kaserne leben ?!

Woher nehmen Sie die Stirne, nachdem sie das gutheißen und dazu Beifall klatschen, jetzt von „Zuchthausvorlagen" an der Saar zu sprechen ?

(Zuruf des Abg. Baltes(DF): Abwarten, Tee trinken!)

Mit Ihnen, Herr Baltes, ist eine politische Diskussion mangels Masse unmöglich. Sie sind wirklich das, was man einen politischen Säugling nennt. Ich muß Ihnen zu meinem Bedauern gestehen daß unsere bis aufs äußerste angespannte Geduld zu einer Debatte mit Ihnen nicht reicht.

Meine Fraktion stimmt den drei ersten Vorlagen zu, bitte aber im § 1 betr. Strafverfolgung von Übertretungen der Forstgesetze die straffreie Summe von 6 auf 10 Franken heraufzusetzen. Was das Wohlfahrtswesen anbelangt, so empfehlen wir der besonderen Aufmerksamkeit der Regierungskommission die Zusammensetzung der Wohlfahrtsdeputationen und Kommissionen und das ganz einseitige Zusammenarbeiten zwischen Kommunalbehörden und privaten Naziorganisationen. Wenn der Herr Abgeordnete Martin zu dieser Vorlage eine angebliche Stellungnahme von mir aus der Kommissionssitzung zum Besten gab, so bin ich für diesen Unsinn nicht verantwortlich: Wenn man von der Vorlage so wenig versteht, wie Herr Martin, kann es passieren, daß man die einfachsten Dinge nicht begreift! Ich habe in der Kommission lediglich ausgeführt, daß auch nach dieser Vorlage die Sammlungen innerhalb der Mitgliedschaft der Organisationen unberührt bleiben. Das Wort „Christenmenschen"aber sollte man nicht mehr in den Mund nehmen, wenn man zur Verfolgung und Verjagung von 600 000 Juden, zur Unterdrückung, Niederschlagung Verfolgung und Tötung von Tausenden und Millionen von Sozialisten seine Zustimmung gegeben hat.

Die Flaggenverordnung der Regierungskommission ist durchaus richtig am Platze. Vor lauter Fahnen aktionen und Festivitäten kommen die Menschen unter dem Hitlerregime nicht mehr dazu, sich auf ihre wirkliche Lage zu besinnen, und dieser faule Zauber und falsche Schmus, der ihnen in solchen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Veranstaltungen vorgesetzt wird, soll sie in eine Betrunkenheit versetzen, die noch immer in der Geschichte zum Untergang der betreffenden Nation geführt hat. Außerdem ist nicht bestreitbar, daß tausende an der Saar nur flaggen, weil sie unter Druck und Terror gesetzt sind. Wenn sie könnten, wie sie wollten, würden sie den Gleichgeschalteten mit dem bekannten Zitat aus Götz von Berlichingen antworten.

Nun noch ein paar Worte zu den niveaulosen Auslassungen des Herrn Schmelzer.

Da ich nicht die Absicht habe, auf seinen Gossenstandpunkt hinabzusteigen, begnüge ich mich bezüglich der Charakterisierung der Person des „Politikers" Schmelzer mit der Zeichnung, die ein prominentes Mitglied der „Deutschen Front" und Vorstandsmitglied des Landesrates, der „Herr Abgeordnete Schmoll, vor Jahresfrist an dieser Stelle vor aller Öffentlichkeit von dem Herrn Schmelzer entworfen hat. Ihnen allen ist diese treffende Charakterisierung dieses Mannes aus seinen eigenen Reihen noch im Gedächtnis. Wenn es uns der Mühe wert erscheint und wenn wir Raum dazu übrig haben, werden wir die damalige Rede des Herrn Schmoll noch einmal zum Abdruck bringen.

Wenn ich, soweit es so etwas überhaupt gibt, den „Politiker" Schmelzer mit der von der saarländischen Sozialdemokratie und mir gemachten Politik in Parallele stellen wollte, dann brauchte ich das nur wie folgt zu charakterisieren: Die deutsche Volkspartei, deren Vorsitzender der saarländischen Zweiggruppe, die deutsch-saarländische Volkspartei, Herr Schmelzer war(die sich allerdings kurz nach dem Kriege vorsichtigerweise nier nur „Liberale Volkspartei" nannte), hat Deutschland einen großen Staatsmann geschenkt. Das war Stresemann. Die Außenpolitik Stresemanns, die wir tatkräftigst unterstützt haben, ist von Herrn Hitler in Grund und Boden verdammt und verlassen worden- ebenso auch von demselben Herrn Schmelzer, der noch beim Tode Stresemanns im Saarbrücker Saalbau eine Totenfeier arrangierte, bei der er mit Tränen in den Augen über den Verlust eines politischen Freundes Kondolationen entgegennahm. Wir,Herr Schmelzer, wir haben diese Politik nicht verlassen, wohl aber Sie! Sie waren über ein Jahrzehnt erster Vorsitzender der Partei, deren hervorragendster Führer Stresemann war.

Aber Sie haben nicht einmal soviel Monate gebraucht, als Sie jahrelang mit ihm Politik machten, um zu verbrennen, was Sie vorher angebetet haben! Sie sind ein schlechter Ankläger gegenüber der Politik solcher Leute, die seit 1918 bis auf den heutigen Tag ihre Politik der deutsch-französischen Verständigung unentwegt und trotz größter Beschimpfung und Verfolgung aufrechterhalten haben. Was man Charakter, Gesinnungstreue und Opferfähigkeit für seine Überzeugung nennt, das haben Sie alles noch von den Leuten zu lernen, gegen die Sie Steine aufheben möchten.

Übrigens fällt mir da eine kleine Episode mit Stresemann ein: Es war zur Zeit der Umwandlung der Garnisontruppen im Saargebiet in einen Bahnschutz, als Herr Stresemann in Genf im Kreise der Saardelegation einmal etwas resigniert erklärte: „Die einzige Partei an der Saar, die meine Politik richtig versteht und unterstützt, ist leider nicht meine eigene Partei, sondern die Sozialdemokratie"! Ich bin mir nicht ganz klar darüber, ob wir Grund hätten, uns das in jedem Betracht als ein Plus zu buchen - aber ich will damit ja auch nur feststellen, daß unsere sozialdemokratische Politik die Zustimmung des von Herrn Schmelzer mit tränenden Augen verehrten Parteiführers Stresemann gefunden hat.

Aber

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Aber auch sonst ist Herr Schmelzer schlecht informiert. Ich bin nicht erst 1925 an die Saar gekommen, sondern bereits im Februar 1923, zwei Tage vor Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks, und meine damaligen Artikel sind im Organ des Herrn Schmelzer, der „Saarbrücker Zeitung", ebenso wie in der „Landes-Zeitung" dutzende Male zitiert worden. Ich bin also immerhin schon beinahe elf Jahre im Saargebiet, und wenn Herr Schmelzer trotzdem findet, ich sei nicht bodenständig, weil ich nicht zufällig an der Saar, dafür aber am Rhein geboren bin, dann habe ich für einen solchen Partikularismus seitens der neugebackenen Verehrer der „ geeinten großen deutschen Nation unter Hitler" umsoweniger Verständnis, als das Saargebiet immer nur ein Teil der Rheinprovinz war und von uns auch als solcher betrachtet wurde. Ja, wir haben uns den Spaß gemacht, nachdem der Mann der schlechtesten Mischrasse Reichskanzler geworden und von anderen an sogenannter Reinrassigkeit verlangte, was er selber nicht zu geben hat, unsere eigene Abstammung einmal nachzuprüfen, und siehe da, sowohl väterlicher- wie mütterlicherseits waren wir immer im Rheinlande und zwar auf dem linken Rheinufer ansässig, und sind daher wohl berechtigt, uns in einem höheren Sinne bodenständig zu nennen, als es die Zufälligkeit der Geburt in Daarle oder Rußhütte allein darstellt.

Dann hat Herr Schmelzer eine Entdeckung gemacht:Ich habe alle meine Parteifreunde an die Seite gedrückt, um selbst die Leitung der Partei in die Hand zu bekommen. Da könnte man eigentlich nur sagen:Wie sich der kleine Moritz die Sozialdemokratie vorstellt. Aber das ist ja der Unterschied zwischen Ihrer gleichgeschalteten Front der Karrieristen und unserer demokratischen Auslese, daß bei uns der Vorsitzende das Vertrauen und die Stimmenmehrheit der Mitglieder haben muß. Und wenn Sie im übrigen Lust verspüren, Herr Schmelzer, sich von der Einigkeit innerhalb der saarländischen Sozialdemokratie zu überzeugen, dann lade ich Sie herzlichst ein, als mein Gast an den geschlossenen Kundgebungen des kommenden Sonntags teilzunehmen. Ich zweifle daran, daß man so gleichschaltungsfähige Leute noch von der Wahrheit überzeugen kann, aber ich würde nichts unversucht lassen.

Außerdem, reden Sie doch nicht von sozialdemokratischen Mitläufern,Herr Schmelzer. Wer so wie Sie und Ihre Parteigenossen übergelaufen ist und seitdem einen gleichgeschalteten Charakter mit sich herumträgt, der sollte nicht aufrechten Männern, die ihre materielle und physische Existenz aufs Spiel setzen, als „ Mitläufer" bezeichnen.

Wenn Sie aber hingehen und mich einen „unheilvollen Mann", bin ich gezwungen,Ihnen zu sagen, daß ein solches Wort aus Ihrem Munde für mich ein Kompliment bedeutet. Und wenn Sie sagen, meine Politik führe ins Verderben, so sage ich Ihnen, daß es ein größeres Verderben als den Barbarismus des Hitlerregimes und den seiner Konzentrationslager und Zuchthäuser und seiner Kriegsgefahr nicht gibt.

Und nun zum allertiefsten, was Sie sich heute an Niveaulosigkeit geleistet haben. Sie finden, daß ich gebügelte Hosen und Glace-Handschuhe trage und kein Proletarier sei,aber ein „aufwändiges Leben" führe. Nun, ich besitze zwar nicht Ihr großes Haus und Anwesen, sondern nur eine Zweizimmerwohnung, ich habe noch nicht ein Prozent Ihres Vermögens, aber ich habe trotzdem immer mit Vergnügen und vollkommen neidlos festgestellt mit welchem Stolz Sie Ihren Smoking tragen und welche Sorge Sie und Ihre Freunde hatten, als wir eines Tages in Paris anläßlich der Saarverhandlungen beim Botschafter Hoesch empfangen werden sollten und Sie mit Entsetzen feststellten, daß wir keinen

Frack

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

Frack bei uns hatten. Es scheint, daß Ihre neue naziotische Nachbarschaft Sie noch demagogischer gemacht hat, als Sie schon waren, und was mein aufwändiges Leben anbelangt, so arbeite ich durchschnittlich 15 bis 16 Stunden manchmal mehr, manchmal weniger, aber was die epikuräischen Dinge dieses Lebens anlangt, so bin ich in der glücklichen Lage, noch nicht wie gewisse andere Leute des Landesrates zitieren zu müssen:„ Und was Natur und Zeit getan, das sieht der Kerl als Tugend an!"

Mit Brusttönen der Überzeugung und einem etwas merkwürdig klingenden Pathos hat Herr Schmelzer von seinem Kampf um das deutsche Volkstum an der Saar gesprochen. Ich glaube ihm sogar, daß er sich darunter etwas vorstellt und daß nicht alle diese Töne falsch sind. Nur glaube ich allerdings auch, daß derjenige, der solches Volkstum bewahren und in eine glückliche Zukunft hinüberretten will, den entschlossensten und entschiedensten Kampf gegen den Schänder und Zerstörer dieses Volkstums, gegen Adolf Hitler, führen muß.

Herr Schmelzer hat sich besonders darüber aufgeregt, daß die „Volksstimme" eine Zuschrift veröffentlicht hat,die sich mit demAbstimmungsrecht der ehemals hier staionierten Soldaten beschäftigt. Mit dem bißchen Unehrlichkeit und bißchen Falsch, das all seinen Darstellungen eigen ist,hat er unterschlagen, was ausdrücklich an der Spitze des Artikels steht, nämlich, daß es sich um eine Zuschrift handelt, und auch Herrn Schmelzer ist es nicht unbekannt, daß erst vor wenigen Tagen sich eine Völkerbundsautorität in den „Straßburger Neueste Nachrichten" über diese Frage einmal erneut ausgelassen hat.

Aber ich will in diesem Zusammenhang, wenn so wegwerfend von Marokkanern und Anamiten gesprochen wird, eine Feststellung treffen:

Ich bin seinerzeit im Kampfe für die Rechte der Bevölkerung gegen die Besatzungstruppe vom fremdländischen Kriegsgericht im besetzten Gebiet zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden und habe sie ebenso abgesessen, wie ich meine 10 000 Franken Strafe bezahlt habe. Das hindert mich nicht anzuerkennen, daß alles, was an Übergriffen durch Farbige geschah- und gegen diese Übergriffe habe ich anders gekämpft als Herr Schmelzer!- weit von dem übertroffen worden ist, was die braunen Verbrecherbanden Röhms den eigenen Volksgenossen tausendfach zugefügt haben.

Der Abgeordnete Schmelzer hat sodann den Herrn Präsidenten der Regierungskommission mit dem Diplomatensprichwort von dem Pferd, das hundert Mann nicht zum Trinken zwingen können apostrophiert. Daß das Pferd aber bis zur Trunkenheit saufen würde, wenn sein Leitseil in der Hand Hitlers ist, das hat doch die Gleichschaltung an der Saar gezeigt. Im übrigen aber kommt mir Herr Schmelzer wie der Mann aus dem Syrerland vor, der nicht ein Pferd, aber ein Kamel am Halfterband führt, das auf der Stirne ein großes Hakenkreuz trägt.

(Zuruf des Abg. Levacher (DF): Es gibt auch Kamele ohne Hakenkreuz!)

Richtig, das sind die, die bisher das Christuskreuz betragen haben und es mit dem Hakenkreuz vertauscht haben!

In seiner beliebten Unterstellungsmanier hat dann Herr Schmelzer als seiner Weisheit Schluß verkündet, daß wir immer zwei Eisen im Feuer gehalten hätten. Aber Herr Schmelzer ist ein Geschichtsklitterer:

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Wir haben 1918/19 genau die gleiche Politik für Freiheit, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Wahrheit und Recht geführt, die auch heute das einzige Panier unseres Kampfes ist. Wir haben uns nicht geändert, wir sind die gleichen Freiheitskämpfer gegen jede Unterdrückungspolitik heute wie damals- geändert aber hat sich die Politik jener Leute, die sich zunächst nach Kriegsschluß in dem abgetrennten Gebiet nicht "Deutsche", sondern „Liberale" Volkspartei nannten, die dann die schwarz-rot-goldene Außenpolitik mit uns machten und die nunmehr bei ihrem vollkommenen Gegensatz, nämlich der Politik des Chauvinismus und der Vorbereitung des Revanchekrieges angekommen sind, die zur Zerstörung Deutschlands führen muß, wewegen gerade um des Deutschtums willen entschiedenster Kampf gegen Hitler geführt werden muß.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten !)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich habe noch zu erklären, daß die Wendung ....in Veranlassung der Ausübung des Amts...." in § 340 Str.G.B. verwendet und wiederholt in Kommentaren erläutert worden ist.

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung (13 Uhr 45 Minuten).

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I